

Wohlstand

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 Mk.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 3—7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unerlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 3.

Berlin, den 16. Januar 1910.

14. Jahrg.

Verbandsmitglieder!

Auf Grund des § 22 Abs. 7 des Verbandsstatuts
berufen wir einen

außerordentlichen Verbandstag

auf den

9. Mai und folgende Tage

nach

Hamburg, Gewerkschaftshaus,
Wesendambrook 57, ein.

Tagesordnung:

1. Bericht:
 - a) Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
 - b) Bericht der Revisionskommission.
 - c) Bericht des Verbandsausschusses.
 - d) Bericht der Redaktion.
2. Die Zusammenschlußverhandlungen mit den
Vorständen der Verbände der Hafenarbeiter
und Seeleute.
3. Anträge.

Eventuelle Anträge zum außerordentlichen Verbands-
tag sind bis 15. März an uns einzusenden,
später einlaufende Anträge können nicht berücksichtigt
werden. Die Veröffentlichung der rechtzeitig einge-
sandten Anträge erfolgt in Nr. 14 des Verbands-
organs.

Die Bekanntgabe der Wahlkreiseinteilung er-
folgt nach Eingang der Mitgliederfragebogen (Ab-
rechnungen) vom 4. Quartal 1909, spätestens jedoch
am 27. Februar 1910.

Wir ersuchen nunmehr die Verbandsmitglieder
allerorts zum außerordentlichen Verbandstage Stellung
zu nehmen und ev. Anträge rechtzeitig an uns ein-
zusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Verbandsvorstand.

J. A. Oswald Schumann.

Die Warenhäuser-Hochflut in Berlin.

Wie lange ist's her, als die bezopften Landtags-
boten Preußens ein Umsatzsteuergesetz schufen zur Er-
drofflung der Warenhäuser. Den Warenhäusern hat
diese Steuer nicht zu schaden vermocht; sie verstanden
es meisterhaft, die Abgabe auf das laufende Publikum
abzuwälzen. Der Mittelstand sollte gerettet werden
und der Mittelstand trägt jetzt die Kosten mit.

Die Warenhäuser haben sich durchgesetzt trotz aller
sie belämpfenden gesetzgeberischen Maßnahmen, sie lachen
der Ohnmacht ihrer heulenden Gegner. Immer neue
Gebilde ihrer Spezies sind im letzten Jahrzehnt aus
dem Boden Berlins herausgewachsen, eines immer
schöner, prachvoller, großartiger als das andere.

Vor zwanzig Jahren hatte A. Wertheim in
der Rosenthalerstraße einen Randschlafen, diesem folgte
ein weiterer am Moritzplatz und aus diesen beiden
Randschlafen entwickelten sich die drei Warenhauspaläste
in der Leipziger-, Rosenthaler- und
Oranienstraße. Schlag auf Schlag folgte der
Ausbau in der Leipzigerstraße, bis ein
Palast entstand, wie er sonst nirgends groß-
artiger in der ganzen Welt zu sehen ist.

Sandorf baute seine Riesenabstimmungen am
Spittelmarkt, in der Belle Alliancestr.,
in der Frankfurterstr., am Rotbuser-
damm, in der Brunnenstraße und schuf als

Prüfung des Wertes den Prachtbau des Kauf-
hauses des Westens.

Ließ baute Riesenhäuser in der Leipziger-
straße, am Alexanderplatz und erwarb ein
weiteres Kaufhaus in der Frankfurter Allee.
Die alten Häuser Herzog, Israel und andere
erweiterten ihre Etablissements, schufen moderne Neu-
bauten. In den Vororten Charlottenburg
und Nizdorf schlugen die Warenhäuser Greifen-
hagen und Joseph ihr Heim auf. Alle Welt
war der Meinung, das sei des guten bereits genug,
ja für das vorhandene Bedürfnis schon zu viel.

Und jetzt setzt eine neue Haufe im Bau von
Warenhäusern ein, die alles bisher dagewesene über-
trifft. Die Warenhäuser haben sich für ihre Geldgeber,
die Banken, als ein einträglicher Zinsenbringer er-
wiesen. Die guten Ergebnisse, welche die auf der
Höhe der Zeit stehenden Warenhäuser auch in der Zeit
der verfloffenen wirtschaftlichen Krise erzielt haben,
spielen für die Banken eine bestimmende, ausschlag-
gebende Rolle. Wird doch Leonhard Litz in
Köln a. Rh., das einzige auf Aktien basierende Waren-
haus, für 1909 8 pSt. Dividende verteilen, das ist
1 pSt. mehr als 1908. Der Konflikt der Inhaber
untereinander im Warenhaus A. Wertheim, Berlin,
ist der erste Anstoß zu neuen Gründungen gewesen.
Wolf Wertheim, der ehemalige Mitinhaber von A. Wer-
theim, erwarb das Passagelauflhaus in der oberen
Friedrichstraße und baute gleichzeitig den Vierpalast
Mit-Bahnen in der Potsdamerstr., dicht vor dem Hause
A. Wertheim, Leipzigerstraße, zum Warenhaus sein-
sten Genres aus.

Nun trumpfte A. Wertheim auf; man wollte die
Konkurrenz werfen und kaufte flugs 5 Häuser in der
Leipzigerstraße zu und zahlte Liebhaberpreise dafür.
Nur ein Beispiel dafür: Die Schokoladenfirma Sarotti
baute sich vor etwa drei Jahren in der Leipzigerstr.
einen eigenen großartigen Geschäftspalast. Diesen Palast
kaufte jetzt A. Wertheim mit einem Aufschlag von
¼ Millionen Mk. und reißt ihn ab, wie eine alte
Bude. Die von A. Wertheim in der Leipzigerstraße
hinzuerworbenen 5 Grundstücke repräsentieren einen
Wert von rund 12 Millionen Mk.

Interessant ist es, einmal zu recapitulieren, welche
Grundstücke der Leipzigerstraße in letzter Zeit in an-
deren Besitz übergegangen sind und welcher Preis für
die Quadratrate bezahlt worden ist. Für die Firma
A. Wertheim, G. m. b. H., sind bekanntlich die Häuser
Leipzigerstraße 126, 127, 128, 129, 130 angekauft
worden. Nr. 126 für 3 Millionen, bei ca. 33 000 Mk.
pro Quadratrate. Nr. 129 für 2½ Millionen, Nr. 130
für 2 920 000 Mk. Nr. 127 und 128 brachten eben-
falls an 3 Millionen.

Im Durchschnitt wurden pro Quadratrate 30 000
Mark bezahlt. Am meisten brachte bei der Transaktion
A. Wertheim Nr. 130 mit 40 000 Mk. pro Quadrat-
rate bei 73 Quadratratzen.

Leipzigerstraße Nr. 90, das große Eckgrundstück
an der Marktgrafenstraße, erzielte beim Verkauf für
2 995 000 Mk. den sehr hohen Preis von 45 000 Mk.
pro Quadratrate. Das Grundstück Nr. 105 jedoch
brachte bei einem Preis von 1 035 000 Mk. 51 750
Mark für die Quadratrate — der höchste überhaupt
in der Leipzigerstraße gezahlte Preis, der sich dadurch
rechtfertigt, daß das Grundstück kein Hinterland hat.
Das 46 Quadratratzen große Haus Nr. 12, das eben-
falls verkauft worden ist, erzielte 1 640 000 Mk., also
ca. 36 000 Mk. pro Quadratrate.

Sobiel Unternehmungsgelbst ließ nun W. Wertheim
in der Potsdamerstraße nicht ruhen; schon sind die
Räume zu eng geworden und schnell werden drei
Häuser hinzugekauft. Für eines dieser Häuser hat eine
Gesellschaft vor ganz kurzer Zeit 1 600 000 Mk. be-
zahlt. W. Wertheim hat dafür 2½ Millionen gegeben,
heißt ein Geschäft, bei dem es auf Millionen gar
nicht ankommt. Bei diesen Grundstücksverkäufen in der
Potsdamerstraße wurden Preise von 22 000—25 000
Mark pro preussische Quadratrate = 14 Quadratmeter
erzielt. Jubelnd hören die Berliner Hausagrarier von
solchem Nebel und steigen ihre Mieten.

Aber A. Wertheim läßt sich nicht so leicht schlagen.
Dieses Haus erwirbt ein Grundstück am Bahnhof
Alexanderplatz in der Größe von 5000 Quadratmetern
und erbaut darauf einen Warenhauspalast für 14
Millionen.

Da befindet sich auch Litz am Alexanderplatz, daß
er nicht ruhen darf, wenn er nicht dieser mörder-
ischen Konkurrenz unterliegen will; auch er erwirbt
zwei alte Häuser, reißt sie nieder und erweitert seinen
schon großen Warenhauspalast.

So sind denn innerhalb noch nicht sechs Monaten
55—60 Millionen Mk. in Berlin neu in
Warenhausgrundstücken investiert worden.

Das ist aber noch lange nicht die ganze Entwick-
lung, es sind nur die auffallendsten Momente. Lang-
samer, aber nicht minder großzügiger geht die Firma
Rudolf Herzog mit ihrem Warenhausneubau vor. Sie
läßt ein ganzes Häuserkaree in der Breiten- und Brü-
denstraße herunterreißen, — nicht weniger als 41 alte
Häuser kommen dabei in Frage, um an deren Stelle
nach und nach einen riesigen einheitlichen Neubau er-
stehen zu lassen.

Angesichts solcher Entwicklung, bei der schon Mil-
lionen keine Rolle mehr spielen, müßte man
erwarten, daß auch die Angestellten einen
kleinen Teil von dem Segen der Warenhäuser ein-
heimen könnten. Sie sind es doch, mit deren
Fleiß und Tätigkeit das moderne Warenhaus steht
und fällt. Aber davon ist nichts zu merken.

Nur das leitende kaufmännische Personal wird
seinen Leistungen einigermaßen entsprechend entlohnt
und behandelt. Die Masse aber, Verkäuferinnen, wie
Hausdiener und Packer, muß froh sein, soviel zu ver-
dienen, daß sie des Lebens Notdurft halbwegs decken
kann. Es war einmal, da hatten unsere Kollegen, so-
weit sie in den Warenhäusern tätig waren, bessere
Lohn- und Arbeitsverhältnisse, als der Durchschnitt der
Kollegen in den Spezial- und kleineren Detailgeschäf-
ten; daß ist aber schon lange her und folgebessert ist
es gar nicht mehr wahr.

Heute kommen von den Kollegen in den Waren-
häusern Klagen über Klagen über ihre Arbeitsverhält-
nisse. Daß es so kommen mußte, haben wir nicht
nur vorausgesehen, sondern auch den Kollegen vor-
ausgesagt. Sie waren es aber, die in ihrer Mehr-
zahl uns nicht Glauben schenken wollten, die lieber
das Geld für die Verbandsbeiträge sparten. Ein Ver-
mögen haben die Kollegen dadurch natürlich auch nicht
erworben, dafür haben sie desto mehr eingebüßt, weil
ihre Löhne auch in der Zeit der Lebensmittelerhöhung
und der Finanzreform nicht aufgebessert worden sind.
So geht es bekanntlich allen jenen superflugen Leuten,
die immer am verkehrten Ende zum Sparen anfangen.
Was konnten unsere Agitatoren nicht für Weisheiten
hören, wenn sie an die Kollegen Warenhausdiener mit
der Aufforderung herantraten, sich zu organisieren. —
Aber wer nicht hören will, muß bekanntlich fühlen,

und alle, die der Organisation bisher fern geblieben, sie fühlen es sehr hoffentlich, wie teuer ihnen ihre Sturzschichtigkeit zu stehen kommt.

Je größer die Warenhäuser werden, je umfangreicher und komplizierter ihr Betrieb ist, desto leichter wird es auch unseren dort beschäftigten Berufskollegen sein, mit Hilfe der Organisation sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Aber freilich, nur zu erkämpfen, nicht zu erbetteln. Die große Konkurrenz der Warenhäuser unter sich kommt dabei unserem Vorhaben zu gute. Können die Warenhäuser Millionen und Abermillionen in immer neuen Grundstücken anlegen, dann ist es ihnen noch viel leichter möglich, ihrem Personal anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Freilich, solange die Kollegen die Hände in die Hosentaschen stecken und mit offenem Munde warten, bis ihnen die gebratenen Tauben hineinfliegen, solange brauchen die Warenhausbesitzer keine besseren Löhne bezahlen.

Wie dringend notwendig es aber gerade unsere Berliner Kollegen haben, sich der Organisation anzuschließen, um mit deren Hilfe den sozialen Aufstieg mitzumachen, das beweisen am besten die neuesten Zahlen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat festgestellt, daß in der Reichshauptstadt

| | 1894 | 1898 | 1909 |
|------------------------------|-------|-------|-----------|
| 1 Kilogr. Roggenbrot kostete | 20,43 | 24,21 | 31,57 Pf. |
| 1 " Weizenbrot " | 35,15 | 41,70 | 56,49 " |

Gegenüber 1898 ist der Roggenbrotpreis um 30,40 pCt., der Weizenbrotpreis um 35,47 pCt. gestiegen. Gemessen an dem Preise des Jahres 1894 ist Roggenbrot um 54,52 pCt., Weizenbrot um 60,71 pCt. teurer als vor 15 Jahren. Sollten bei solchen Feststellungen nicht vor allem den Angehörigen des arbeitenden Volkes die Augen aufgehen über die besorgniserregende „Mittelstandspolitik“ der Blauen und Schwarzen?

Die „Kreuzzeitung“ meint demgegenüber, daß, wenn auch im allgemeinen in der Reichshauptstadt gerade die Brotpreise eine auffallende Höhe haben, dies nicht an der „Kollpolitik“ läge, sondern, wie auch die „Kölnische Volkszeitung“ hervorhebt, an den hohen Geschäfts- und Verkaufskosten der Bäckereien. Die „Kölnische Volkszeitung“ hätte nämlich jüngst hierüber geschrieben:

„Abgesehen von den großen Ansprüchen des Publikums, welches gewohnt ist, daß ihm auch die kleinste Quantität noch extra ins Haus gebracht werden muß, was den Bäckern ganz bedeutende Unkosten verursacht, sind es besonders die außerordentlich hohen Grundstückspreise, Loden- und Geschäftslokalmietten, welche der Berliner Gewerbetreibende zu bezahlen hat, die das Brot verteuern. Diese noch besonders hoch geschraubt zu haben, ist das Werk der Berliner Wobenspekulation, welche den Grundstückswert und dadurch die Mietpreise in wenigen Jahrzehnten auf das 10-, 20-, 50fache, ja in manchen Fällen auf das 100fache gebracht hat.“

Wer selber leben will und wer seine Familie lieb hat, der muß angehts solcher Zahlen doch endlich einsehen, daß die Arbeiter und mit ihnen auch selbstverständlich die Kollegen Hausdiener alle Ursache haben, ihre Organisation zu stärken und so für die Wahrung der eigenen Interessen eine Macht und eine Wehr zu schaffen. Also hinein in den Werband! Das ist die Forderung des Tages, die bei Hungerstrafe erfüllt werden muß.

Die „Christen“ und das allgemeine Wahlrecht in Preußen.

Auf dem Preuentage in Berlin wurde mit vollem Recht die lauwarme Liebe des Zentrums zur Wahlrechtsbewegung scharf kritisiert. Die Jesuiten fürchten eben, daß ihre Rufensreunde, die Konservativen, bei Einführung eines vernünftigeren Wahlrechts zu sehr unter die Räder kommen, wodurch wieder die gesamte Reaktion, wozu sich doch das Zentrum auch rechnet, eminent in ihrem Einfluß auf die Staatsgeschäfte geschädigt würde.

Betrachtet man die Statistik der preussischen Landtagswahlen, so tritt zutage, daß bei einer proportionalen Verteilung der Abgeordneten-Mandate nach der Stimmenzahl die beiden konservativen Fraktionen des Landtages in demselben Maße an Bedeutung verlieren würden, wie das Gewicht der Sozialdemokratie zunähme. Die 601 093 Urwähler, die am 15. Juni 1908 sozialdemokratisch gestimmt haben, hätten nach den Grundfähen der Gerechtigkeit Anspruch auf 120 Abgeordnete statt der 6, mit denen sie durch den Trug des Dreiklassenwahlrechts heute abgespeist werden. Die beiden konservativen Fraktionen hingegen, denen heute fast die Hälfte aller Sitze im Abgeordnetenhaus, nämlich 212 von 443, überantwortet sind, hätten sich, da sie zusammen nur 419 250 Wähler zählten, mit 84 Mandaten zu begnügen. Man begreift daher, daß

das Junkertum, dem heute die preussische Staatsmaschine überantwortet ist, am liebsten jegliche Erhöhung des himmelschreienden Unrechts, das dem preussischen Volke zugefügt wird, gewaltig unterdrücken und mit den Worten der „Kreuzzeitung“ vom 2. Dezember 1909, jeden öffentlich als „Waterlandsverräter“ brandmarken möchte, der dem Reichstagswahlrecht in Preußen das Wort redet.

Hier ist eben ein Herrschaftsmonopol bedroht, das zum Heil für die deutsche Kultur vom Erdboden weggesegt würde, wenn Gleichheit und Gerechtigkeit im preussischen Wahlrecht eine Stätte fänden.

Ganz anders könnten unter den heutigen Parteienverhältnissen jedoch anscheinend die Mittelparteien mit dem Proportionalrecht zufrieden sein. Allerdings würden die beiden kleinen freisinnigen Fraktionen, die heute mit 120 723 Wählern 36 Abgeordnetenmandate in Besitz haben, davon 11 Mandate verlieren, jedoch bliebe der Besitzstand der Nationalliberalen und des Zentrums bei einem gerechten Wahlrecht etwa in seinem heutigen Umfang aufrecht erhalten. Die Nationalliberalen hätten mit 320 751 Wählern Anspruch auf 64 Mandate, während sie heute 65 besitzen; das Zentrum aber, das heute mit 502 594 Wählern 104 Plätze im Abgeordnetenhaus besetzt hält, würde davon 100 inne haben. Diesen Parteien käme aber noch zu stellen, daß die Polen zc., die heute in sehr vielen Fragen mit dem Zentrum zusammengehen, ihren Besitzstand unter dem Proportionalwahlrecht von 19 auf 45 vermehren und so eine wesentliche Stärkung der Zentrumspartei abgeben würden.

Unter diesen Umständen erscheint die Haltung, die das Zentrum zu der Wahlrechtsreform einnimmt, auf den ersten Blick außerordentlich seltsam. Nun wir uns die Ereignisse der verflochtenen zwei Jahre ins Gedächtnis zurück, so finden wir in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. Januar 1908, in der Fürst Bülow sich dem freisinnigen Wahlrechtsantrag gegenüber für die Aufrechterhaltung der heutigen Ungerechtigkeit erklärte, das Zentrum bei einer Sinnerhaltung, die ihm über angerechnet worden ist. Der Abgeordnete Porsch erklärte namens der Zentrumsfraktion, daß diese zwar dem ersten Teil des freisinnigen Antrags, der das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmenabgabe verlangte, zustimmen werde, daß bei ihr aber gegenüber dem zweiten Teile des Antrages, eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke betreffend, grundsätzliche Bedenken beständen. Demzufolge wurde der erste Teil des freisinnigen Antrags gegen Freisinnige, Zentrum und Polen, der zweite aber mit Hilfe des Zentrums gegen Freisinnige, Nationalliberale und Polen abgelehnt.

Dieses Eintreten für die Aufrechterhaltung der Junkerherrschaft auch unter dem allgemeinen gleichen Wahlrecht wurde dann von der Presse des Zentrums mit den satzhaftesten Gründen zu beschönigen gesucht. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ führte in Nr. 10 vom 7. März 1908 an, daß „eine Wahlkreiseinteilung in der Wodara zweifellos dahin geführt hätte, daß das Zentrum zur Unmacht geometrisiert worden wäre.“ Und als die Erörterung weiter ging, meinte die „Kölnische Volkszeitung“ in Nr. 448 vom 23. Mai 1909:

„Auch der Bevölkerungszahl gibt es aber auch andere, nicht minder wichtige Momente, die auf Rücksicht Anspruch haben. Es geht z. B. nicht an, schablonenhaft lediglich die Mandate der Großstädte zu vermehren, die Mandate der Landbevölkerung aber zu vermindern. Die letztere hat, auch wenn sich der Kopfszahl nach ihr Prozentsatz verringert hat, zweifellos doch keine geringere Bedeutung für Staat und Volk als früher.“ Auch später noch, am 3. November 1908, erklärte die „Kölnische Volkszeitung“: „Wir sind Gegner der rein schematischen Einteilung nach der Kopfszahl, da für uns der Staat eben aus Land und Leuten besteht.“

Das alles sind windige Nebensarten, wie die Zentrumspresse selbst am besten weiß. Ein Staat, in dem ein Viertel der Bevölkerung, das auf dem Lande wohnt, über die übrigen drei Viertel der in den Städten lebenden Bewohner das Regiment führt, kann, wie die Zustände im Reich zeigen, auch unter dem sonst gleichen Wahlrecht, keine dem Ganzen dienliche Politik treiben.

Das Zentrum muß daher seine besondere Grinde haben, die ihm gebieten den ungerechten Zustand aufrecht zu erhalten, der in der Konterbierung der im Jahre 1861 erfolgten Wahlkreiseinteilung liegt. Und es ist nicht allzu schwer, diese Gründe aufzudecken. Es kommt zunächst in Betracht, daß diese Partei, die sich auf ihre Zusammensetzung aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten besonders viel zugute tut, ihre Politik doch im wesentlichen nach dem Vorteil der Kreise einrichten muß, die ihre zuverlässigsten Truppen abgeben. Das aber sind ohne Zweifel die der konservativen Partei wesenverwandten agrarischen Schichten. Allen in Parlament und Presse zum besten gegebenen Gerede zum Trotz hat der zentrumparteiliche Landtagsabgeordnete Graf Strachwitz vielen seiner Parteigenossen aus der Seele gesprochen, als er am 15. August 1906 in der wahlrechtsfeindlichen „Deutschen Tageszeitung“ andeutete, daß „die Regierung die staatszerhaltenden Parteien gegen diejenigen des Umsturzes durch einen s o d e r s o g e w ä h l t e n a n d e r e n R e i c h s t a g z u s c h l i e ß e n h a b e.“ Schon am 23. Januar 1904 hatte weiter der Zentrumsabgeordnete Dr. Bachem im Abgeordnetenhaus dem Reichstagswahlrecht nachgelobt, daß es nicht als das reine Ideal anerkannt werden könne und „W i ß t a n d e m i t s i c h b r i n g e n l a n n, von denen wir nicht wünschen können, daß sie ausgebeutet werden.“ Ganz besonders aber fiel es auf, daß ein Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, den das Zentrum im Jahre 1907 im Abgeordnetenhaus einbrachte, von 17 Mitgliedern der Fraktion nicht unterzeichnet war. Diese 17 Landtagsabgeord-

neten wollten eben nicht, daß an dem gegenwärtigen Dreiklassenwahlrecht gerüttelt werde, und dem Einfluß der von ihnen vertretenen Schichten wird es mit zuzuschreiben sein, daß die ganze Zentrumspresse wie auf Kommando in dem heißen Kampfe, der im verflochtenen Jahre um das Landtagswahlrecht geführt wurde, auch nicht einen Finger gerührt und sich gestellt hat, als ob es überhaupt keine preussische Frage gäbe. Nun bliebe zwar der Hinweis, daß das Zentrum doch auch mit den nicht unbeträchtlichen Schichten der Industriearbeiter zu rechnen hat, die in den christlichen Gewerkschaften organisiert, gleich den sozialdemokratischen Arbeitern, das gegenwärtig noch geltende Landtagswahlrecht als Schimpf empfinden müssen. Es hieße die Intelligenz dieser christlichen Arbeiter unterschätzen, wenn man ihnen kein Verständnis für die Wahlrechtsfrage zutrauen wollte. Aber tatsächlich sind sie quantitativ mächtig, sind sie relativ wertlos für die Partei im großen ganzen. Schon voriges Jahr hat das „Wochener Volksblatt“ Nr. 158 in einer viel zu wenig beachteten Aufstellung darauf hingewiesen, daß das Zentrum nicht weniger als 88,3 pCt. seiner Reichstagswahlstimmen aus Orten erhält, die unter 10 000 Einwohner zählen, also aus ländlichen und kleinstädtischen Kreisen, daß aber unter den 106 Wahlkreisen, die das Zentrum in Besitz hat, nur ganz wenige sind, in denen die Industriearbeiterschaft maßgebend ist. Diese wenigen Kreise mögen an die Sozialdemokratie verloren gehen, ohne daß das Zentrum einen wesentlichen Machtverlust erleidet. Was hier für die Reichstagswahlen maßgebend ist, wird in noch größerem Maße für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus zutreffen. Das Zentrum stützt sich auch hier im wesentlichen auf die ländlichen Bevölkerungsschichten, deren Einfluß bei einem den Grundfähen der Gerechtigkeit entsprechenden Wahlrecht wesentlich herabgemindert wird.

Insofern hat es mit den konservativen Parteien die gleichen Interessen. Nun kommt aber noch in Betracht, daß das Zentrum vor allem der deutsch-konservativen Partei sich völlig verschrieben hat, ja, daß diese die einzige Partei im Lande ist, mit der zusammen es dem Volke seinen Willen aufzwingen kann. Wenn die Bedeutung der deutsch-konservativen Partei in Preußen herabgemindert ist, so ist es auch die der Zentrumspartei; beide Parteien sind auf Seid und Verberb mit einander verbunden. Daher muß das Zentrum sich einer gerechten Wahlkreiseinteilung mit aller Macht entgegenstellen, mag die Neuierung den Bestand der Abgeordneten dieser Partei, wie wir eingangs gezeigt haben, auch keineswegs angreifen. Der Sozialdemokratie aber wird es in der Wahlkitation noch größere Dienste leisten, wenn sie zahlenmäßig nachweisen kann, warum das Zentrum nicht imstande ist, für eine wirkliche Beteiligung des in Preußen geltenden Wahlrechts einzutreten.

Der preussische Landtag in seiner jetzigen Zusammenfassung ist nun aber auch den christlichen Arbeitern als arbeitserfeindlich genug bekannt. Sie müssen aus Klasseninteresse schon die Aktionen der Sozialdemokratie auf Erringung des allgemeinen Wahlrechts unterstützen. Das Zentrum wird also durch seine Haltung die Wahlrechtsreform nicht aufhalten, wohl aber wird es einen großen Teil seiner proletarischen Wähler durch seine Taktik ins Lager der Klassenbewußten Arbeiterschaft treiben. So muß es kommen, es ist die Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Mehr Klassenbewußtsein!

Die Gegensätze im wirtschaftlichen wie im politischen Leben spitzen sich von Jahr zu Jahr mehr zu und nehmen stetig schärfere Formen an. In wirtschaftlicher Hinsicht ist es der prägende, durch Schweiß der Arbeiter übermäßig gewordene Kapitalismus; im politischen Leben, die Kaste der Junker und Schloßbarone vereint mit dem Großkapital, welche im Niederhalten der unterdrückten Proletarier ihre Lebensaufgabe erblicken. Sind sie doch der Unterfütterung einer wohlweisen Regierung, bezugweise deren Ausführungsorgane in denkbar ausgiebigster Weise sicher. Vom Dorfschulzen bis herauf zum höchsten Reichsbeamten reicht ihr Einfluß. Sie haben es noch immer verstanden, wenn es zu ihrem Vorteil gereichte, letztere vor ihren Karren zu spannen. Unverhohlen betrachten sie die eigentlichen Lenker der Geschichte des ganzen Reichs als ihre Kommiss. Sind solche nicht willig, so hat es ja diese privilegierte Kaste des Geldsacks dank ihrer guten Beziehungen zur allerhöchsten Stelle leicht, die Unbotmäßigen einfach dabonzujagen. Aber auch in den Parlamenten selbst haben die Junker und das Großkapital eine dominierende Stellung inne. Alle Parteien, ausschließlich der Sozialdemokratie, sind auf die kapitalistische Produktions- und Wirtschaftsweise eingeworfen und demgemäß zählen ihre Fraktionsmitglieder zum größten Teil zu den Interessenten des Großkapitals in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe.

Einzig und allein die Sozialdemokratie ist die wahre Vertreterin der Arbeiterklasse. Von Beginn ihres Bestehens an hat sie es sich zur Pflicht gemacht, in erster Linie zur Hebung der wirtschaftlichen und politischen Lage der unterdrückten Volksklassen, des Proletariats, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten. Die Sozialdemokratie ist aber auch die einzige Partei, welche der ungerechten Verteilung den Kampf machen will. Fordert sie doch Verbot jeder Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Alle Menschen gleich geboren, sind ein adelig Geschlecht.“ Die Sozialdemokratie bekämpft das Privatmonopol an Produktionsmitteln. Sie fordert dementsprechend

Abfassung der bestehenden privalkapitalistischen Produktionsweise und will an dessen Stelle das Staatsmonopol setzen. Jede ungerechte Besitzverteilung würde hiermit verschwinden; alles bestehende und neu geschaffene Vermögen gesellschaftlich Eigentum werden. Dies paßt natürlich den Herren von Besitz und Bildung, wie sie sich mit Vorliebe nennen, nicht in den Kram und darum Umsturzpartei Vaterlandslose Gesellen und dergleichen mehr. Fühlt sich doch diese winzige Minderheit von Besitzenden gegenüber der gewaltigen Mehrheit von Besitzlosen sehr wohl im Schwinge des Szepters.

Aber dieser Autoritätsbündel kann und muß den Junkern und Junkerengenossen zerstört werden, wenn sich die gesamte Arbeiterklasse, die Millionen von Proletariern einig sind in der Vertreibung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen. Eine feste Bilanz durch Zusammenschluß in gewerkschaftlichen und politischen Vereinen der Arbeiterklasse, schaffen Gewähr, auch der Ausbeuter und Kapitalistenstypen ein Halt zu gebieten.

Das Klassenbewußtsein unter den Millionen von Proletariern und Proletarierinnen, die den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie teilnahmslos gegenüberstehen, muß geschärft werden. Heraus aus den christlichen und gelben Gewerkschaften, welche samt und sonders unter Skutell des Kapitals stehen, hinein in die freien Gewerkschaften. Es darf aber auch kein Proletarier seine Stimme bei den Wahlen, sei es in der Gemeinde, Staat oder Reich, einer andern Partei, als der Sozialdemokratie geben; sind doch alle anderen Parteien ein Herz und eine Seele, wenn es gilt, neue Mittel zur Knechtung der Arbeiterklasse zu schaffen.

Nur die dümmsten Säuberer wählen ihre Megger selber.

Von den Konserativen bis herab zu den Freimüthigen waren sich alle Parteien einig in der Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel durch enorme Zinsschrauben der Zölle. Die Sozialdemokratie verwarf alle Forderungen der Regierung und der herrschenden Klasse, welche dazu angetan waren, dem armen Manne den Lebensunterhalt zu verteuern. Es stimmten nur die Sozialdemokraten gegen jedes Gesetz, das sich als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse erweist und fordern Gleichberechtigung aller Staatsbürger, gleich welchen konfessionellen Glaubens.

Mehr Klassenbewußtsein! Richtet die Schwachen auf, feuert die Sammeligen an, einzutreten in die Reihen des Klassenbewußten modernen Proletariats.

Sie Arbeit, — die Kapitalisten! Sinein in die freien Gewerkschaften! Sinein in die Wahlvereine der Sozialdemokratie!
Durch Kampf zum Sieg im neuen Jahre!

Opfer der Arbeit.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften aus dem Jahre 1908, die wiederum erst jetzt dem Reichstage zugestellt sind, haben ein besonderes Interesse deshalb, weil sie zeigen, in welcher Weise die wirtschaftliche Krise die Zahl der Betriebsunfälle beeinflusst hat. Die eine Folge der wirtschaftlichen Krise ist die, daß im Jahre 1908 die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen kleiner als im Vorjahre war, während sonst eine Zunahme eingetreten ist. Die Abnahme sehen wir sowohl in der Zahl der durchschnittlich versicherten Personen: 8 917 772 zu 9 018 367, als auch in der Zahl der sogenannten Vollarbeiter gleich 300 Arbeitstage: 7 868 531 zu 7 869 421. Dagegen ist die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Betriebe von 673 118 im Vorjahre auf 696 824 gestiegen.

Je weniger Personen von der Versicherung erfasst werden, desto geringer muß auch bei sonst gleichbleibenden Umständen die Zahl der verunglückten Personen sein. Das trifft in der Tat für die Zahl der Verletzten zu, für die im Laufe des Jahres bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften Unfallanzeigen erstattet worden sind. Die Zahl ist von 465 224 im Jahre 1907 auf 461 091 im Jahre 1908 zurückgegangen. Der Rückgang ist sogar etwas größer als der Rückgang in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter, denn auf 1000 Vollarbeiter kamen im Jahre 1907 noch 59,12 angemeldete Unfälle, dagegen im Jahre 1908 nur noch 58,61.

Die Zahl der schweren versicherungspflichtigen Unfälle, d. h. der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 75 370 im Jahre 1907 auf 74 581 und von 9,58 pro Tausend beschäftigte Vollarbeiter auf 9,48 gefallen. Hier ist die Abnahme auf 1000 beschäftigte Vollarbeiter nicht ganz so groß, wie bei der Zahl der gemeldeten Unfälle. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle mit tödlichem Ausgang ist von 6078 auf 5939 und von 7,72 pro Tausend Vollarbeiter auf 7,59 gefallen.

Wir haben also nicht nur einen absoluten, sondern auch einen relativen Rückgang, d. h. die Abnahme in der Zahl der Unfälle ist größer, als die Abnahme in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter. Diese an sich erfreuliche Tatsache ist aber zugleich eine dringende Mahnung in Bezug auf die Unfallverhütung. Denn sie bestätigt, daß die Haft der Arbeit, wie sie bei gutem Geschäftsgange von den Betriebsleitern gefordert wird, die Gefahren der Arbeit vergrößert, manchen Betriebsunfall verschuldet. Außerdem wirkt offenbar in derselben Richtung der

Umstand, daß bei gutem Geschäftsgange gewissenlose Betriebsleiter noch nicht eingearbeitete Arbeiter zu gefährlichen Arbeiten heranziehen. Nur so ist die größere relative Zahl der Unfälle im Jahre 1907 zu erklären.

Beachtenswert sind die Zahlen der verunglückten Arbeiterinnen und Arbeiterkinder. Von den Personen, für die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, waren 308 Mädchen unter 16 Jahren gegen 278 im Vorjahre, 2499 Knaben unter 16 Jahren gegen 2473 im Vorjahre, 2747 Arbeiterinnen über 16 Jahre gegen 2755 im Vorjahre und 69 027 männliche Arbeiter über 16 Jahre gegen 69 864 im Vorjahre. Mithin ist der Rückgang in der Zahl der Unfälle bei den männlichen Arbeitern über 16 Jahre verhältnismäßig größer als bei den Arbeiterinnen über 16 Jahre; bei den Kindern aber ist die Zahl der Unfälle sogar größer geworden. Die Zunahme ist wiederum bei den Mädchen größer als bei den Knaben. Das bestätigt die Tatsache, daß manche Betriebsleiter, die unter dem Druck des schlechten Geschäftsganges ihren Betrieb einschränken mußten, möglichst männliche Arbeiter über 16 Jahren entlassen, und Arbeiterinnen und Kinder noch mehr als bisher bei gefährlichen Arbeiten verwendet haben. Dies ist um so wahrscheinlicher, da sich die auffallende Zunahme in der Zahl der verunglückten Arbeiterinnen und Kinder nur in den gewerblichen Berufsgenossenschaften zeigt.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften können wir nicht die Zahl der Unfälle mit der Zahl der beschäftigten Arbeiter vergleichen, da letztere nicht genau ermittelt wird. Hier begnügt sich das Reichsversicherungsamt ebenso wie bei den Zahlen der versicherten landwirtschaftlichen Betriebe mit Schätzungen, die an der Hand der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vom Jahre 1907 vorgenommen worden sind. Danach ist die Zahl der versicherten Betriebe von 4 710 401 im Vorjahre auf 5 434 100 und die Zahl der versicherten Personen von 11,2 Millionen auf 17,2 Millionen gestiegen. Die große Zunahme wird durch den Hinweis darauf erklärt, daß die früheren Feststellungen auf die Berufszählung gestützt werden mußten, während nunmehr die Betriebszählung auch über das beschäftigte Personal usw. nähere Angaben enthält. Jedoch sind die tatsächlichen Veränderungen vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1908 in der Zahl der in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen wahrscheinlich nicht bedeutend. Das muß zur richtigen Würdigung der jetzt folgenden Zahlen beachtet werden.

Die Zahl der angemeldeten Betriebsunfälle ist bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von 141 975 im Jahre 1907 auf 143 176 gestiegen. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 62 673 im Jahre 1907 auf 61 600 gefallen. Die Zahl derjenigen Unfälle aber, die den Tod des Verunglückten zur Folge hatten, ist aber von 2848 im Jahre 1907 auf 2980 gestiegen. Auffallend ist es, daß die Zahlen sowohl der gemeldeten Unfälle als auch der Unfälle mit tödlichem Ausgang nicht unbedeutend gestiegen sind, während die Zahl der von den Berufsgenossenschaften entschädigten Unfälle eine Abnahme aufweist. Die Befürchtung liegt nahe, daß die Abnahme auf die größere Fündigkeit mancher Berufsgenossenschaften in Bezug auf Gründe für die Ablehnung der Entschädigung zurückzuführen ist.

Von den staatlichen Aufsichtsbehörden waren 669 135 Vollarbeiter beschäftigt gegen 662 127 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 49 864 im Jahre 1907 auf 52 275 und von 75,31 pro 1000 Vollarbeiter auf 78,12 gestiegen. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 4804 im Jahre 1907 auf 5019 und von 7,26 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,50 gestiegen. Ebenso ist die Zahl der entschädigten Unfälle mit tödlichem Ausgang von 708 im Vorjahre auf 768 gestiegen.

Von den Provinzial- und Kommunal-Aufsichtsbehörden waren 70 937 Vollarbeiter beschäftigt gegen 67 950 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 2770 im Jahre 1907 auf 2781 gestiegen; aber auf 1000 Vollarbeiter kamen nur 39,20 angemeldete Unfälle gegen 40,77 im Vorjahre. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigung gezahlt worden ist, ist von 509 im Vorjahre auf 507 und von 7,49 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,16 gefallen.

Für die Versicherungsanstalten fehlen die Zahlen der versicherten Arbeiter. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist hier von 3068 auf 2999 und die Zahl der zum ersten Male entschädigten Unfälle ist von 1347 auf 1249 gefallen. Hier handelt es sich um die Regiebauten. Fraglos sind auch bei diesen infolge der schwächeren Baurätigkeit weniger Arbeiter als in dem Vorjahre beschäftigt gewesen. Das erklärt die Abnahme in der Zahl der angemeldeten und der zum ersten Male entschädigten Unfälle.

Im ganzen ist die Zahl der angemeldeten Unfälle von 662 901 im Jahre 1907 auf 662 321 gefallen, die Zahl der Unfälle, für die im laufenden Jahre zum ersten Male Entschädigung gezahlt wurde, ist ebenfalls von 144 703 im Jahre 1907 auf 142 965 herabgegangen. Aus unserer genaueren Betrachtung der Veränderungen in der Industrie, der Landwirtschaft und den Staatsbetrieben ergibt sich aber, daß der Rückgang namentlich dort eingetreten ist, wo die wirtschaftliche Krise eine Abnahme in der Zahl der beschäftigten Personen herbeigeführt hat. Es ist daher zu befürchten, daß der bessere Geschäftsgang uns nicht nur eine größere Zahl versicherter Arbeiter und damit eine absolute Steigerung der Unfallziffern, sondern auch mit der größeren Haft

bei der Arbeit eine relative Zunahme, eine größere Unfallgefahr wieder bringen wird. Dies muß auch den letzten Arbeiter ansprechen, alle Kraft einzusetzen, um eine wirksame Unfallverhütung zu erreichen.

Wirtschaftliche Rundschau

Der internationale Arbeitsmarkt im Jahre 1909.

Im Jahre 1909 hat sich am internationalen Arbeitsmarkte eine Wandlung vollzogen, die wieder bessere Zeiten in Aussicht stellt. Es unterliegt keinem Zweifel mehr: die Krise ist allgemein überwunden, und es geht nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande wieder aufwärts. Der Zeitpunkt, zu dem der Umschwung einsetzte, war in den einzelnen Ländern sehr verschieden; in einigen kam er bereits mit der Frühjahrszeit und dauerte ohne Rückschlag fort; in anderen erlitt die Aufwärtsbewegung nach frühzeitigem Eintritt im Laufe des Jahres noch einmal eine Unterbrechung; in anderen wieder brachte zwar erst die Jahresmitte den Tiefpunkt des Niederganges, doch vollzog sich von da ab der Erholungsprozess ohne jedwede Stockung. Zu den letzterwähnten Ländern gehört in erster Linie Großbritannien. Hier stand der Arbeitsmarkt noch bis Jahresmitte unter einem starken Druck. Mußte man es auch als ein gutes Zeichen deuten, daß die Arbeitslosigkeit von Januar auf Juni zusehends sank, während sie in derselben Periode 1908 gestiegen war, so war doch andererseits nicht zu übersehen, daß sie fast noch das ganze erste Halbjahr hindurch über die des Vorjahres hinausging. Dann blieb die Tendenz zwei Monate lang unentwunden, bis sich im August zum ersten Male wieder seit Juli 1907, also seit zwei vollen Jahren eine Besserung durchschleie. Die Prozentzahl der Arbeitslosen gestaltete sich in den einzelnen Monaten des Jahres 1909, im Vergleich zu 1908 wie folgt:

| | | | | | | |
|------------|-------|--------|-------|---------|--------|-------|
| | Jan. | Febr. | März | April | Mai | Juni |
| 1909 | 8,7 | 8,4 | 8,2 | 8,2 | 7,9 | 7,9 |
| Gegen 1908 | +2,9 | +2,4 | +1,8 | +1,1 | +0,5 | +0,00 |
| | Juli | August | Sept. | Oktober | Novbr. | |
| 1909 | 7,9 | 7,7 | 7,4 | 7,1 | 6,6 | |
| Gegen 1908 | +0,00 | -0,8 | -1,9 | -2,4 | -2,2 | |

Es war hauptsächlich die bessere Aufnahmefähigkeit des Auslandsmarktes, die die Beschäftigungsmöglichkeit in Großbritannien selbst wieder zunehmen ließ; die Tatsache, daß die Erholung zuerst im Bergbau und Eisen- sowie im Textilgewerbe einsetzte, ist nur auf diesen Umstand zurückzuführen. Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Autarkie den Hauptanteil an der Aufwärtsbewegung hatte, ließ diese in Großbritannien noch äußerst viel zu wünschen übrig. Erheblich früher als in Großbritannien setzte die Erholung in Frankreich und in Belgien ein: in Frankreich war die Krise bereits Ende des ersten Quartals endgültig überwunden und der Tiefpunkt des Niederganges verlassen. Er war im Monat Februar erreicht worden, wo eine Arbeitslosigkeit von nicht weniger als 13,9 pCt. bestanden hatte. Bis in das Jahr 1905 zurück finden wir keine ähnlich hohe Zahl; die Verschlechterung gegen 1908 belief sich auf 3,3. Damit war aber auch die Macht des Niederganges gebrochen. Schon im März finden wir eine so starke Reaktion, daß ein Minus gegen 1908 entsteht; die Arbeitslosenziffer sinkt auf 9,5 pCt. gegen 10,5 pCt. im März 1908. Fast ebenso steil geht es mit der Arbeitslosigkeit im April abwärts, sie fällt auf 6,4 pCt., was eine Erleichterung um 3,2 gegenüber dem Vorjahre bedeutet. Noch einmal erfolgt ein kräftiger Rück zur Besserung: im Mai bleibt die Arbeitslosigkeit um 5,1 hinter der vorjährigen zurück. Dann läßt das Tempo der Erholung etwas nach. Das Fazit der Schwankungen im Jahre 1909 aber ist, daß die Arbeitslosenziffer im Oktober niedriger ist, als in allen vorangegangenen Jahren und um 6,3 niedriger als zu Jahresanfang. In Frankreich sind es vornehmlich das Bau-, das Textilgewerbe und der Weinbau, die die Erleichterung am Arbeitsmarkt veranlaßt haben. Eine ähnliche Entwicklung, wie in Frankreich machte der Arbeitsmarkt in Belgien durch. Hier setzte allerdings schon im Februar die Erholung ein, die aber im März durch einen Rückschlag noch einmal unterbrochen wurde. Von da ab war die Ueberwindung der Depression aber evident; Monat für Monat brachte eine Erleichterung gegenüber dem Vorjahre, und im November bezifferte sich die Arbeitslosigkeit in Belgien nur noch auf 2,3 pCt. gegen 5,6 pCt. im November 1908, 3,0 pCt. 1907 und 1,9 pCt. im November 1906. Es ist der November der erste Monat, der auch gegen 1907 schon wieder eine Besserung aufzuweisen hat. Bewirkt wurde die Abnahme der Arbeitslosigkeit in Belgien durch die allmähliche Wiederbelebung in der Montan- und in der Textilindustrie. In den Vereinigten Staaten von Amerika war die Entwicklung am Arbeitsmarkte im Jahre 1908 sehr ungleichmäßig, doch waren kräftige Anläufe zu einer durchgehenden Erholung unübersehbar. Noch höher als im Jahre 1908 war die Arbeitslosigkeit nur in den Monaten Januar und Juni; von Jahresmitte ab hat sich die Arbeitslosigkeit zusehends kräftig und allgemein gehoben.

Die Haushaltskosten im Jahre 1909. Die Besserung der Einkommensverhältnisse, die der Verlauf des Jahres 1909 den meisten Erwerbstätigen gebracht hat, ist durch die empfindliche Verteuerung der Haushaltskosten im Laufe des Jahres merklich beeinträchtigt worden. Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß das Jahr 1909 bereits mit einem ziemlich hohen Niveau der Lebensmittelpreise einsetzte. Im Jahre 1908 waren die Haushaltskosten ungeachtet der wirtschaftlichen Depression und der damit verbundenen Einschränkung der Einkommensverhältnisse in die Höhe gegangen, nämlich

die Tendenz der Großhandelspreise sinkend war. Es ist somit ziemlich fraglos, daß die Ernährung im Jahre 1909 sich gegen 1908 mindestens nicht verbilligt hat. Wie die Bewegung der Nahrungsmittelpreise im Jahre 1909 auf den Haushalt einwirkte und die Kosten der Ernährung beeinflusste, das ersehen wir, wenn wir für 50 Blöße Preußens auf Grund der Verpflegungstration des deutschen Marinefeldmarschalls die Kosten der Ernährung in der Weise berechnen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine Person das Dreifache der Normalration des Marinefeldmarschalls angesetzt wird. In den einzelnen Monaten des Jahres 1909 gestaltete sich der Nahrungsmittelaufwand in Mark wie folgt:

| Standardziffer | Gegen d. Vormonat |
|---------------------|-------------------|
| Januar | 22,46 |
| Februar | 22,37 - 0,09 |
| März | 22,47 + 0,10 |
| April | 22,59 + 0,12 |
| Mai | 22,87 + 0,28 |
| Juni | 23,27 + 0,40 |
| Juli | 23,67 + 0,40 |
| August | 23,79 + 0,12 |
| September | 23,74 - 0,05 |
| Oktober | 23,67 - 0,07 |
| November | 23,49 - 0,18 |

Das wichtigste an der Zusammenstellung ist, daß die Standardziffer im November höher steht als zu Jahresanfang und zwar beträgt das Plus 1,03 Mt. Im September begann wieder eine Abwärtsbewegung, doch muß abgewartet werden, ob sie von Dauer sein wird. Vergleichen wir die Januar- und Novemberpreise bei den verschiedenen Nahrungsmitteln, so finden wir, daß von Kartoffeln abgesehen, die Preise sämtlicher wichtiger Nahrungsmittel in die Höhe gegangen sind, denn im Durchschnitt der 50 Orte betrug der Preis für 1 Kilogramm in Mark:

| | Rindfleisch | Schweinefleisch | Lammfleisch | Butter |
|--------------------|-------------|-----------------|-------------|--------|
| November | 1,87 | 1,78 | 1,65 | 2,79 |
| Gegen Januar | +0,01 | +0,12 | +0,04 | +0,45 |
| | Brot | Weizenmehl | Kartoffel | Erbsen |
| November | 0,81 | 0,89 | 0,07 | 0,88 |
| Gegen Januar | +0,01 | +0,04 | -0,01 | +0,02 |

Ganz besonders ist der Preis für Schweinefleisch und Butter in die Höhe gegangen. In anderen größeren nichtpreussischen Städten, wie z. B. in Leipzig, Chemnitz, Dresden, Stuttgart und München sind die Haushaltskosten ebenfalls gestiegen. Doch den preussischen Wägen sind nur verschwindend wenige mit einer Ermäßigung der Haushaltskosten zu nennen. Es sind dies Tilsit, Allenstein, Halle a. S., Bielefeld, Wiesbaden, Krefeld und Neß. In Krefeld ist die Standardziffer sogar von 25,38 Mt. im Januar auf 23,76 im November zurückgegangen. Damit ist aber die Zahl der Städte, in denen die Haushaltskosten sich ermäßigt haben, erschöpft. Eine empfindliche Preissteigerung vollzog sich in folgenden Städten: in Graudenz ging der Nahrungsmittelaufwand von 19,56 Mt. im Januar auf 21,36 im November hinauf, in Potsdam von 22,71 auf 24,51, in Brandenburg a. S. von 21,57 auf 23,55, in Kottbus von 20,49 auf 22,68, in Bromberg von 20,28 auf 22,95, in Königsbrunn (O.-S.) von 20,25 auf 22,80, in Kiel von 21 auf 23,64, in Hannover von 20,82 gar auf 24,78, in Koblenz von 21,96 auf nicht weniger als auf 25,53 Mt. In einzelnen Städten ist demnach die Verteuerung überaus empfindlich. Teils ist es die Steigerung des Preises von Schweinefleisch, teils die Erhöhung der Butterpreise, die die Haushaltskosten bei gleichbleibendem Konsum vermehrt haben.

Aus der Unfallversicherung.

Hilfslosigkeit im Sinne der Unfallversicherungsgesetze. Die durch Betriebsunfall erlittene Erwerbsbeschränkung wird bekanntlich nur zu zwei Dritteln durch eine Rente entschädigt. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit beträgt die Rente 66 2/3 pSt. des vom Verletzten im Jahre vor dem Unfall bezw. — wenn er noch kein volles Jahr im Betriebe tätig gewesen ist — von Versicherern derselben Art in demselben oder in benachbarten gleichartigen Betrieben erzielten Jahresarbeitsverdienstes (§ 10 G. U. B. G.). Ist jedoch der Verletzte durch den Unfall nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch derart hilflos geworden, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann, so ist nach § 9, Abs. 3 für die Dauer dieser Hilfslosigkeit die Rente bis zu 100 pSt., also bis zum vollen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen. Durch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts ist der Begriff der Hilfslosigkeit scharf umgrenzt. Danach gilt als hilflos nicht schon derjenige, der für einzelne Verrichtungen, wenn auch regelmäßig auf fremde Hilfe angewiesen ist, sofern diese Hilfeleistung sich ohne beträchtliche Schwierigkeiten und Aufwendungen beschaffen lassen, sondern nur der, für dessen Pflege dauernd eine fremde Arbeitskraft ganz oder doch in erheblichem Umfang in Anspruch genommen werden muß, weil er zu den meisten Verrichtungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht mehr imstande ist. Unterstützung durch andere werde in gewissem Umfang wohl bei jedem, der durch einen Unfall völlig erwerbsunfähig geworden ist, erforderlich sein. Da das Gesetz aber einen Unterschied mache zwischen völliger Erwerbsunfähigkeit (Rente von 66 2/3 pSt.) und einer mit völliger Erwerbsunfähigkeit verbundener Hilfslosigkeit, die auf fremde Wartung und Pflege angewiesen ist (Rente bis zu 100 pSt. des Jahresarbeitsverdienstes), so müsse angenommen werden, daß das

Gesetz mit dem Ausdruck „ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann“ denjenigen hohen Grad der Gebrechlichkeit und Hilflosigkeit bezeichne, bei dem der Verletzte fast in jeder Lage und zu jeder Zeit der fortwährenden Unterstützung einer fremden Person bedürfte. So hat das R. V. A. einen auf beiden Augen Erblindeten in solchem Grade für hilflos gehalten, daß er Anspruch auf eine Rente von 80 pSt. des Jahresarbeitsverdienstes habe. Ein Blinder sei zu den meisten Verrichtungen des gewöhnlichen Lebens aus eigener Kraft nicht fähig, da die menschliche Tätigkeit fast regelmäßig Anforderungen an das Augenlicht stelle. Indessen bedürfe ein sonst gesunder Blinder zu seinen Verrichtungen weit geringere Hilfe als z. B. eine schwerkranke, bettlägerige Person. Deshalb sei eine Hilfslosigkeit mit einer Rente von 80 pSt. des Jahresarbeitsverdienstes entsprechend berücksichtigt.

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Bremen. Mit dem Verlage der „Bremer Bürgerzeitung“ ist seitens unserer Verwaltung folgender Tarifvertrag abgeschlossen worden:

Einstellung

Die Einstellung von Austrägerinnen geschieht wie folgt: Trägerinnen, die nur zur Vertretung aus-hilfsweise eingestellt werden, sind von der Geschäftsleitung selbst zu beschaffen. Bei Festanstellungen werden zunächst Frauen oder Witwen von Parteigenossen und die arbeitsweise beschäftigten Trägerinnen berücksichtigt; sollten diese nicht gewerkschaftlich organisiert sein, so haben sie sich dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande anzuschließen und werden dann auf Grund eines Arbeitsnachweises dieser Organisation eingestellt.

Lohn.

Die Austrägerinnen erhalten für das Austragen der „Bremer Bürgerzeitung“ pro Monat 23,50 Mt. Für weitere und verzweigt liegende Touren unterliegt eine höhere Bezahlung der freien Vereinbarung zwischen Trägerin und Verlag. Die Entschädigung für das Einlegen von Beilagen ist in den Monatslohn mit einbezogen. Der Lohn wird am Schluß des Monats ausbezahlt.

Jede Austrägerin ist zum Eintassieren der Abonnementgelder verpflichtet und hat das Eintassieren allwöchentlich am Sonntag zu erfolgen. Nur im Ausnahmefall kann nach eingeholter Genehmigung der Geschäftsleitung auch am Montag lassiert werden. Die eintassierten Gelder und das Quittungsbuch sind spätestens am Dienstag ohne Abzug im Geschäft abzuliefern. Die Entschädigung für das Eintassieren wird mit 8 pSt. der abgetassten Gelder berechnet und am Schluß des Quartals ausbezahlt.

Die Krank- und Invaliditätsbeiträge werden von der Geschäftsleitung bezahlt, außerdem sind die Trägerinnen gegen Unfall in der Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft versichert.

Kündigung.

Die gegenseitige Kündigung ist eine vierzehntägige. Die sofortige Entlassung kann jedoch erfolgen bei groben Verfehlungen, als: Dauernde Unpünktlichkeit, Veruntreuung von Abonnementgeldern sowie bei beharrlicher Weigerung der Vertragsrückzahlung.

Allgemeine Bestimmungen.

1. Die Touren werden von der Geschäftsleitung möglichst so eingeteilt, daß keine Trägerin mehr als 250 Abonnenten zu besorgen hat.
2. Die Trägerinnen haben sich zu der von der Geschäftsleitung bestimmten Zeit in der Druckerei einzufinden.
3. Eine eventuelle Wartezeit bis zu einer halben Stunde wird nicht vergütet; jede weitere halbe Stunde wird mit 10 Pfg. pro Trägerin bezahlt.
4. Die Trägerinnen sind verpflichtet, die Zeitung in das Innere der Häuser zu legen und auf Verlangen des Abonnenten auch in seine Wohnung zu bringen.
5. Die Beschäftigung und das Mitbringen von Kindern ist streng untersagt.
6. Im Falle von Behinderung hat die Trägerin der Geschäftsleitung sofort Mitteilung zu machen, damit diese wegen der erforderlichen Vertretung Anordnung treffen kann.
7. Das vom Verlag zu liefernde Quittungsbuch hat jede Trägerin in peinlichster Ordnung zu halten.
8. Ab- und Zugänge, sowie Wohnungsveränderungen im Abonnementstand hat jede Trägerin in der Expedition sofort zu melden.
9. Differenzen werden durch die vertragsschließenden Parteien geregelt.
10. Dieser Tarifvertrag wird jeder Austrägerin von der Geschäftsleitung ausgehändigt. Der Empfang muß unterchriftlich bestätigt werden. Dieser Tarif tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. Januar 1911. Derselbe gilt ein weiteres Jahr, wenn nicht vier Wochen vorher schriftliche Kündigung von einer der vertragsschließenden Parteien erfolgt.

Bremen, den 31. Dezember 1909.

Für den Verlag:
Fr. Rose.

Für den Transportarbeiter-Verband:
G. Verbond.

Die Löhne in den bürgerlichen Zeitungsgeschäften sind dagegen noch sehr gering, die Frauen dieser Zeitungen sind auf Erlingelder angewiesen. Zu jedem Festtage gratulieren sie, um von den Abonnenten

eintige Pfennige zu erhalten. So lange diese für die Organisation nicht zu gewinnen sind, wird dieses auch so bleiben.

Zunahme der Frauenarbeit. Mit dem Jahre 1909 schließt eine Periode, in der die Frauenarbeit wieder ungewöhnlich stark an Boden gewonnen hat. In den Zeiten des gewerblichen Niederganges sind zwei Ursachen wirksam, die Ausdehnung der Frauenarbeit zu begünstigen. Einmal suchen die Arbeitgeber überall, wo sie es können, mit den billigsten Arbeitskräften auszukommen und bevorzugen daher Frauen und Mädchen. Sodann aber sind gerade in diesen Zeiten auch die weiblichen Arbeitskräfte in größerer Auswahl zu haben. Infolge des geringen Verdienstes der Männer resp. Väter sehen sich Frauen und Mädchen, die bisher noch nicht erwerbstätig waren, nach einer ständigen Arbeitsstelle um. Seit dem Eintritt des gewerblichen Niederganges, also seit 1907, kann man die stärkere Zunahme der Frauenarbeit verfolgen. Selbst in den Monaten, da die Arbeitsgelegenheit absolut abnahm, wurden die weiblichen Beschäftigten viel weniger erheblich von dem Rückgang in Mitleidenschaft gezogen wie die männlichen. Verfolgt man nämlich auf Grund der Mitgliederbewegung der an die Verichterstattung des „Reichsarbeitsblattes“ angeschlossenen Krankenkassen die Zu- resp. Abnahme der Beschäftigten und zwar unter Scheidung nach dem Geschlecht, so ergibt sich im Jahre 1909 für die männlichen und weiblichen Beschäftigten folgende Bewegung von Monat zu Monat:

| | Januar | Februar | März | April | Mai | Juni |
|----------|--------|---------|-----------|---------|----------|-------|
| männlich | -0,48 | -0,26 | +3,02 | +4,28 | +1,26 | +0,05 |
| weiblich | +0,07 | +0,76 | +0,75 | +1,63 | +0,87 | -0,69 |
| | Juli | August | September | Oktober | November | |
| männlich | +0,85 | +0,03 | +0,31 | +0,13 | -1,20 | |
| weiblich | -0,22 | +0,44 | +1,37 | +1,37 | +0,79 | |

Das Fazit dieser Monatschwankungen ist, daß am 1. Dezember 1909 7,6 pSt. mehr männliche, aber 8 pSt. mehr weibliche Arbeitskräfte beschäftigt waren als am 1. Januar. Weit schärfer tritt freilich der Vorsprung in der Entwicklung der Frauenarbeit hervor, wenn wir ihn mit früheren Jahren vergleichen. Geht man nämlich von der Beschäftigungsziffer des Januar 1906 aus und berechnet Monat für Monat die Zu- resp. Abnahme, so ergibt sich folgendes Bild. Die Beschäftigungsziffer betrug am 1. Dezember:

| Jahr: | Männliche: | Weibliche: |
|-------|------------|------------|
| 1906 | 3 234 101 | 1 338 246 |
| 1907 | 3 259 164 | 1 414 095 |
| 1908 | 3 163 382 | 1 461 932 |
| 1909 | 3 260 797 | 1 547 176 |

In den letzten drei Jahren hat sich die Zahl der männlichen Beschäftigten um noch nicht 1 ganzes pSt. und die der weiblichen Beschäftigten aber um reichlich 15 1/2 pSt. vermehrt. Ein weiterer Beweis für die starke Zunahme weiblicher Arbeitskräfte ist auch in der Bewegung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt zu finden. Die Zunahme der offenen Stellen war für weibliche Arbeitskräfte viel erheblicher als für männliche. Im Laufe des Jahres 1909 haben sich ja schon wieder Angelegenheiten bemerkbar gemacht, die darauf schließen lassen, daß das Vordringen der Frauenarbeit mit der Intensität, wie sie die Jahre 1907 bis 1909 gebracht haben, wieder nachzulassen beginnt. Nicht nur nimmt die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften stärker zu, auch das Angebot auf dem Arbeitsmarkt für Weibliche geht merklich zurück, so daß nach einer Periode starken Anschwellens wieder eine langsamere Entwicklung der Frauenarbeit folgen dürfte.

Bierfahrer.

Breslau. Zur Abwehr. Die Nr. 52 der Brauer-Zeitung ist ihrem alten Rufe treu geblieben, den Transportarbeitern und insbesondere deren Führern — möglichst viel Schwierigkeiten anzuhängen, selbst auf die Gefahr hin — nach artbewährtem Mutter — die Wahrheit zu vergemaltigen.

Es ist wirklich schade um jedes Stück Papier, was beschrieben werden muß, um diesem Blatte entgegenzutreten, denn es dürfte ein auszeichnendes Bemühen sein, selbst durch die einwandfreiesten Nachweisungen die Brauer-Zeitung dazu zu bewegen, einmal die Wahrheit zu schreiben. Trösten kann man sich nur mit dem bekannten Ausspruch eines Genossen in einer Konferenz der Zentralvorstände, der darin gipfelte: „Es ist nur ein Glück, daß die Brauer-Zeitung wie ein Pfanzüchlein im Verborgenen blüht, und schließlich nicht allzuviel Unheil anrichten kann!“

Wir hätten auch diesmal es nicht für angebracht gehalten, die Unwahrheiten des gen. Blattes richtig zu stellen, eben weil es Sympthusbarbeit ist, denn das Blatt wird uns gegenüber auch weiter daselbe tun.

Da aber ein Parteiblatt es für gut befunden hat, die Brauer-Zeitung noch ernst zu nehmen, wollen wir uns der unangenehmen Arbeit unterziehen, und diesem Blatt die unverdiente Ehre erweisen, seine Behauptungen richtig zu stellen.

Das Blatt schreibt: „Als der Brauerarbeiter-Verband im Jahre 1906 mit den Breslauer Brauereien einen Tarifvertrag abgeschlossen hatte, setzte der Gewerkschaftsjournalist vom Transportarbeiter-Verband unter Anwendung aller erdenklichen Mittel mit einer beispiellosen Agitation unter den Bierfahrern ein, mit der ausgesprochenen Absicht, einen neuen Tarif durchzusetzen.“

Unser Tarif wurde in Grund und Boden schlecht gemacht, und als er daran erinnert wurde, daß der Tarif doch zu Recht bestünde, sprach er das

große Wort gelassen aus: „Ich pfeife auf den Tarif der Brauereiarbeiter, ich will einen anderen zustande bringen usw. usw.“ — Und es wird dann weiter behauptet, daß Zimmer einen Tarif für die Wier- nederlagen in Breslau kurz nach Abschluß des Brauereitarifs abschloß, wo die Löhne der Fahrer um 3 bis 4 Mark niedriger blieben als im „ogen. Brauereitarif.“

Daß dieser ganze Satz eine Unwahrheit ist, wollen wir gleich nachweisen. Im Jahre 1906 ist für die Breslauer Ringbrauereien ein Tarif abgeschlossen worden — nicht vom Brauerverband, sondern am 28. September 1906 vom

Wund deutscher, österreichischer und Schweizer Brauergesellen.

gez. W. Staehr. Hoffmann. Güntel. Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufe.

gez. E. Wacker. W. Fischer. W. Falobz. Zentralverband der Wöttcher und Wöttcherhilfsarbeiter.

gez. E. Kalesa. S. Gerlach. F. Görlitz. Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

gez. S. Zimmer. Schwiegand. W. Sent. Zentralverband der Maschinisten, Setzer und verwandter Berufsgruppen.

gez. E. Waidwald. W. Keiserscheidt. B. Simon. Das nennen nun die Brauer-Verbände „un- jern“ Tarif, und stellen es so dar, als wenn nur sie allein einen Tarif abgeschlossen hätten.

In diesem Tarife wurden die Löhne auf 21, 22 und 23 M. pro Woche festgesetzt. (In Kl. 2 auf 20, 21 und 22 M.) Ein Teil Kutscher bekam Lantienem, ein großer Teil nicht. Es ist auch un- wahr, wenn behauptet wird, daß die Lantienem bestimmt worden sei, denn es heißt ausdrück- lich im § 9:

„Kontaktskutscher, welche keine Lantienem be- kommen, erhalten 1 Mark für die Woche mehr.“

Mehr als die Hälfte etwaiger Lantienem darf auf den Wochenlohn nicht verrechnet werden.

Diese Klausel, daß nur höchstens die Hälfte der Lantienem auf den Wochenlohn angerechnet werden dürfte, war von den Vertretern des — Transport- arbeiter-Verbandes — durchgesetzt worden, denn der § 9 des Tarifs vom Jahre 1903, den nur der Bund und der Brauer-Verband ab- schloß, gestattete den Arbeitgebern, daß die ganze Lantienem auf den Lohn von 18 bis 20 M. an- gerechnet werden konnte.

Der von uns vom 18. Oktober 1906 abgeschlossene Tarif mit den Bres- lauer Bierverlagsgeschäften sah Wochenlöhne von 17, 18 und 19 M. vor, daneben eine tarifliche Lantienem von 75 Pfg. pro 1000 Flaschen für Stadtfahrer und 1 M. für Landfahrer.

Diese Lantienem durfte und ist nientals auf den Wochenlohn ange- rechnet worden.

Wie sich nun da die Fahrer in den Verlags- geschäften dadurch schlechter gefanden haben sollen, wird ewiges Geheimnis des Berichtschreibers bleiben, denn gerade das Umgekehrte ist richtig.

Daß ein Fahrer, der Tag für Tag nur Flaschen hier fährt, und insbesondere in den Betrieben von Meyer, Escharntke und bei Wende, — die doch allein ausschlaggebend sind, die Woche mindestens 6 bis 8 Mark Lantienem erzielt — ist Tatsache, nun zu den Löhnen von 17, 18 und 19 M. hinzugerechnet, ergibt doch zum allermindesten den Lohn der Bierfahrer in Brauereien, auch derer, die Lantienem erhielten, und denen die Hälfte auf den Lohn angerechnet wurde.

Daß Zimmer gegen den im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarif für die Brauereien, — den er selbst mit unter- zeichnet hat, zu Falle bringen wollte, glaubt doch wohl — außer dem Berichtstatter — kein Mensch, und braucht nicht erst des näheren begründet zu werden. Nun zu dem Tarifabschluß im Jahre 1909.

Die Brauerei Fülbe-Sacrau, die hier eine Niederlage unterhält — gehört auch zu den Unter- zeichnern des Tarifs vom Jahre 1906, wie 1909, soweit derselbe für Verlagsgeschäfte in Be- tracht kommt.

Das Geschäft hat mit der Brauerei absolut nichts zu tun, sondern ist ein Verlagsgeschäft wie jedes andere am Orte.

Wie dort die Kollegen geschädigt sein können, wo selbst ein Kollege aus diesem Betriebe an den Verhandlungen teilnahm, und neben anderen Vor- tellen Lohnzulagen in Höhe von 2 Mark pro Woche erreicht wurden, und die Tarifannahme einstimmig erfolgte, wird auch Geheimnis der Brauerverbändler bleiben.

Daß die Fahrer in der Brauerei Fülbe einen höheren Lohn beziehen müssen, ist ganz selbst- verständlich, denn sie fahren Tag für Tag auf dem Lande und haben keine ge- regelte Arbeitszeit, wie in der Stadt- niederlage. Die zur Schau getragene stiftliche Ent- rüstung ist also nur unangebrachte Schaumsträgeret.

Nun zu der Niederlage von Jäfel. Der Vertreter heißt Deczypa und fährt nicht allein das Strehleiner Bier, sondern auch anderes.

Bei der Tarif-Einreichung waren nicht sämt- liche Arbeitnehmer im Brauer-Verband allein organi-

siert. Herr Deczypa nahm an den gemeinsamen Tarif- verhandlungen teil und ist dort kein Zweifel gelassen worden, daß die kleinen Geschäfte — und zu diesen gehört auch dieser Betrieb — nach wie vor mehr zahlen müssen und werden, als der gemeinsame Tarif vorsieht.

Das ist auch von diesen Herren unumwunden zu- gegeben worden. Die kleinen Betriebe zahlten schon immer — entweder höheren Lohn oder höhere Lantienem — oder besondere Zehrgelder, — das sollte auch jetzt so bleiben, — denn sonst würden sie doch überhaupt keine Geschäfte machen können.

Daß der Berichtstatter absichtlich ver- schweigt, daß der alte Tarif bis zum 20. Ok- tober lief, und der neue — erst nach Beendigung des alten in Kraft treten kann, sei nur nebenbei be- merkt. Wenn nun die Brauereiarbeiter-Zeitung be- hauptet, es sei im Betriebe von Deczypa eine höhere Verbesserung als durch unseren Tarif in den anderen Betrieben erzielt worden, so ist das eben bewusste Unwahrheit. — Denn, wie schon dargelegt, waren die Löhne usw. in diesen Kleinbetrieben immer etwas höher und mußten aus den geschlossenen Ur- sachen höher sein, denn insbesondere die Fahrer haben hohe Spesen, um nur etwas umzu- legen.

Daß wir ganz allein in Breslau mit einer Regelung der Arbeitszeit für die Bierfahrer begannen, und dieselbe zur Ein- führung brachten, — kann nicht bestritten werden.

Denn der im Jahre 1908 vom Brauer-Ver- band und Brauerbund abgeschlossene Tarif sah eine Regelung der Arbeitszeit für Bierfahrer überhaupt nicht vor, und ist es bis 1906 auch so geblieben.

Da war die Arbeitszeit für die Bierfahrer von 4 Uhr morgens bis meist 10 Uhr abends — also durchweg 17 Stunden — ohne daß die Brauer sich — entrüstet hätten.

Daß das Ende der Arbeitszeit für Fahrer in Flaschenbiergeschäften fast ausnahmslos früher als im Tarif vorgesehen ist — ist Tatsache, — denn jeder Fahrer, der mit seiner Loure fertig ist, kommt nach Hause, füttert seine Pferde und ist fertig.

Zu anderen Arbeiten wird er nicht heran- gezogen.

Feststellen wollen wir nur noch, daß seit dem Abschluß unseres ersten Tarifs — 20. Oktober 1906 — bis jetzt die Löhne der Bier- fahrer in den Verlagsgeschäften von 12 bis 13 Mark auf 19 bis 21 Mark gestiegen sind, das ist eine ganz ansehnliche Steigerung, desgleichen ist eine Steigerung der Provision von 50 auf 75 Pfg. pro 1000 Flaschen erfolgt, so daß in einem Zeitraum von reichlich 3 Jahren das Einkommen der Bierfahrer in diesen Betrieben um 50 bis 75 Pct. gestiegen ist.

Das dürfte wohl durchaus nicht schlecht sein, wenn- gleich auch wir gern noch mehr erreicht hätten.

Daß in diesem Herbst bei einem Streik in Flaschenbiergeschäften mehr zu erreichen gewesen wäre — glaubt außer der Brauer-Zeitung natürlich kein Mensch.

Das haben auch unsere Mitglieder selbst erklärt, und einstimmig den Tarif angenommen.

Daß nur uns und unserem Tarif seitens dieser Wahrheitshelden der Vorwurf gemacht wird, daß Pausen durch den Tarif für Kutscher nicht vorgesehen sind, ist sehr bezeichnend, denn in dem von der Brauer-Zeitung bis über den grünen Alee gelobten Tarif steht — auch nicht ein Wort von Pausen für Bierfahrer, — das ist auch für jeder mit den Dingen vertrauten Menschen einleuchtend. Pausen macht auch das Fahrpersonal, nur können sie nicht festgesetzt werden.

Das ist nun nur im Tarif der Transportarbeiter ein Verbrechen, nicht aber bei den Brauereiar- beitern.

Im Tarif der Ringbrauereien, wo die Brauer- verbändler nach ihrer — nicht sehr bescheidenen An- sicht — allein die Sache gemacht haben, hat das Fahrpersonal nur jeden dritten Sonntag frei, in den Bierverlagsgeschäften jeden zweiten Sonnt- ag. Der Tarif in den Brauereien läuft ge- nau wie der unsrige in den Nieder- lagen, 3 Jahre.

Daß ein großer Unterschied zwischen dem Betriebe besteht, wo der Brauer-Verband, und diejenigen Be- triebe, wo wir einen Tarif abgeschlossen haben, — braucht natürlich ein Brauer nicht zu erwähnen, wenn er sich mal stützlich entrüsten will, das geschieht auch wohl nur, um die augenfälligen Mißerfolge anders- wo zu verdecken.

Wunderbar nimmt sich der Passus aus: „15 und 16stündige Arbeitszeit“ — ohne daß Pausen festgelegt sind — für Bierfahrer — das ist eine Tat der Transportarbeiter.“

Nur eine Frage, wieviel Stunden fahren die Kutscher in der Brauerei Fülbe-Sacrau?

Haben die Brauer irgendwo Pausen für Fahrer tariflich festgelegt?

Wenn das die großen Herren Unschlaren nach- gemessen haben, dann wollen wir in Sad und Uche Danke tun.

Das Uebrige ist gar nicht wert, auch nur mit einem Worte erwähnt zu werden.

Erwähnt sei nur noch der sogenannte Fall Mifere in der Union-Brauerei. Der Kollege Mifere hält nach wie vor seine dießzüg- lichen Behauptungen aufrecht, und kann uns, nach den früheren Erfahrungen gewöhnt, die gegenseitige Be- hauptung nicht irren machen.

Feststellen wollen wir wiederholt, daß der Kol- lege Mifere auf der Union-Brauerei nicht entlassen, sondern freiwillig ausgeschieden ist.

Die Brauer-Zeitung behauptet in Nr. 52 wieder eine Entlassung.

Ueber die Unterschriftensammlung haben wir natürlich auch eine andere Auffassung, denn eine ganze Anzahl Kollegen haben erklärt, über- haupt nicht gewußt zu haben, um was es sich handelt. —

Nun sei zum Schluß noch ein typisches Beispiel erwähnt, wie sich die ungeschulden Brauer Mäubergeschichten zusammen- reimen und sie dann als „Wahrheit“ in die Welt hinausposaunen. — Anlässlich der letzten Lohnbe- wegung in den hiesigen Brauereien behaupteten die hiesigen Angestellten des Brauer-Verbandes — treu und brav — aber nichts weniger — der Wahr- heit in Gesichtschlagend, — die Trans- portarbeiter haben bei der Genossenschafts- brauerei einen Tarifentwurf eingereicht, trotzdem sie keine Mitglieder dort haben.“

Das wurde von uns als betwusste Unwahr- heit sofort gebrandmarkt, — das nützt aber gar nichts, diese Herren glauben, wenn sie immer eine und dieselbe Mär erzählen — wird sie inzwischen zur Wahrheit. —

Wir wandten uns sofort telephonisch und per- sönlich an den Direktor der Brauerei, Stadtverord- neten Weide, und erklärte dieser vor Zeugen: „Es ist nicht wahr, daß sie mir einen Tarifentwurf einge- reicht haben, ich habe mir lediglich eine Abschrift der Entwürfe, welche seitens der Verbände bei dem Syndikus der Ringbrauereien eingegangen waren, geben lassen, darunter war auch der von Ihnen ein- gereichte Entwurf.“

Das sagten wir auch wiederholt diesen Brauer- arbeiterverbandsbeamten, — mit alled nichts — die Unwahrheit wird weiter kolportiert. Um nun auch öffentlich die Sache feststellen zu können, baten wir die Direktion der Genossenschaftsbrauerei um eine schriftliche Erklärung. Dieselbe lautet:

Breslau, den 27. 12. 09.

An den Deutschen Transportarbeiter-Verband, Zahlstelle Breslau.

z. S. des Herrn Kiesel.

Ihren Wünsche gemäß, bestätigen wir Ihnen hiermit auch auf diesem Wege, daß wir von Ihnen im Sommer dieses Jahres, zur Zeit, als wir mit der hiesigen Zahlstelle des deut- schen Brauereiarbeiter-Verbandes über einen neuen Tarifabschluß ver- handelten, weder einen Tarifent- wurf noch sonstige darauf bezügliche Vorschläge erhalten haben.

Der zu jener Zeit bei uns befindliche Tarif von Ihnen war schon seit Beginn unseres Geschäfts- betriebes, als mehrere Leute von uns Ihrem Verbands angegeschlossen waren, in unseren Händen.

Hochachtungsvoll Genossenschafts-Brauerei Breslauer Gast- und Schankwirte. E. G. m. b. H.

gez. S. Weide. F. A. Hülscher.

Damit dürfte nun wohl endlich den Brauer- verbändlern die Luft vergehen, noch weiter zu be- haupten, daß wir in diesem Betriebe einen Tarif- entwurf in diesem Jahre eingereicht haben.

Zu gleicher Zeit ist aber auch eine ältere Mär derselben Leute nachgewiesen worden, denn in Bezug auf diesen Betrieb behaupteten sie vor zwei Jahren, daß wir einen Tarif dort abgeschlossen hätten, ohne Mitglieder dort zu haben. Ob diese Fest- stellung nun helfen wird, diese Herren in Zukunft mehr an die Wahrheit zu gewöhnen?

Wir glauben nicht! Das ist ja Ihre vornehmste Aufgabe, der sie sich gern und liebevoll unterziehen, — und es ist ein System. —

Damit mag es genug sein, sonst bildet sich die Leute obendrein noch ein, man müsse auf jeden Un- sinn reagieren.

Handelsarbeiter.

Mugsburg. Was auf Versprechungen der Unter- nehmer zu geben ist, beweist folgender Fall. Der Kollege W. wurde bei der hiesigen Käsefirma Rosenau u. Neis am 20. Oktober 1909 als Lagerarbeiter zur Aushilfe eingestellt. Kurze Zeit darauf wurde ein anderer Kollege entlassen und nun fragte der zur Aushilfe eingestellte W., ob er nun als ständiger Arbeiter auch den Winter über bleiben könne. Diese Frage wurde vom Arbeitgeber mit „ja“ beantwortet. Unter Kollege glaubte nun, diesen Winter vor der Wandstraße geschäftig zu sein. Er war deshalb nicht wenig erstaunt, als ihm am 4. Dezember mit noch einem Leidensgenossen auf 14 Tage gekündigt und sie am 18. Dezember auch prompt entlassen wurden. W. glaubte nun, daß die Firma rechtllich verpflichtet sei, ihn entweder weiter zu beschäftigen oder den Lohn solange zu bezahlen, bis er irgendwo Beschäftigung finden werde. Zu dieser Annahme glaubte er desto eher berechtigt zu sein, als er neben dem Versprechen des ehemaligen Arbeitgebers noch eine Karte vom Arbeitsamt in Um hatte, wo ihm zwei Stellen in Aussicht gestellt wurden. Auf Grund dieses Materials stellte nun der Dupleerte Entschädigungsstelle in Höhe von 72 M., welche einem Lohn von vier Wochen gleichkommt. Ja, lieber Leser, volle 4 Wochen muß ein Käsefalter in einem dumpfen, feuchten Keller ar- beiten, bis er die ganzen 72 M. verdient oder besser gesagt, erhält. Davon geht noch Krank- und In- validengeld ab und nun kann jeder selbst rechnen, wie fett ein solcher Arbeiter dabei werden kann. Daß bei einer solchen Bezahlung mit dem Ausschluß der

Arbeit auch das Geld alle ist, braucht nicht extra betont zu werden und so war dem unser Kollege gezwungen, den Augsburger Staats von dem Stiefeln zu schütteln und seine Vertretung unserm Volksmächtigen zu überlassen. Am 29. Dezember kam nun die Sache am hiesigen Gewerbegericht zur Verhandlung. Mit drei Mann war die Beklagte vertreten, um zu betonen, daß von einem solchen Versprechen ihrerseits gar keine Rede sein könne und insfolgedessen die Klage unberechtigt sei. Herr Reiz als Wortführer hatte sich seine Verteidigungsrede feim säuberlich aufgeschrieben und betonte, daß der Kläger mit seiner Entlassung zufrieden gewesen wäre, wenn er nicht aufgekehrt worden wäre. Alle Einwendungen des Klagevertreters halfen nichts, die Klage wurde kostenfällig abgewiesen. Begründung: Das Gewerbegericht nimmt nicht an, daß ein Arbeitgeber einem Arbeiter gegenüber solche Konzessionen macht und sich dadurch die Hände bindet, aber auch wenn die Firma eine solche Zusage gemacht hätte, so ist dieselbe nicht rechtsverbindlich und muß deshalb abgewiesen werden. Die Kollegen allerorts ersehen aus dieser Urteils-publikation, daß sie auf Versprechungen der Arbeitgeber kein Gewicht legen dürfen, zumal solche verlockende Angebote nur dazu dienen, den Arbeitern während der Saison um billigen Lohn an den Arbeitsplatz zu fesseln, in dem Glauben, auch für die laue Zeit Arbeit und Verdienst zu haben. Besonders die Berufskollegen des abgewiesenen Kollegen W. sollten daraus die richtige Lehre ziehen und nicht in der Sommerzeit um jeden Schuldlohn arbeiten, um vor Weihnachten dann auf die Strafe gesetzt zu werden, wie es dem Kollegen W. gegangen ist. Im Versprechen sind die Käsehändler besonders groß und wenn es zum Falten kommt, versagt ihnen das Gedächtnis, besonders, wenn aus dem Versprochenen kein Profit für sie herausfließt. Daß das Gesagte Wahrheit ist, werden die Kollegen, welche im Jahre 1907 im Streite mit den Käse- und Buttergewaltigen standen, ohne weiteres beweisen können. Was wurde damals alles versprochen, um die Organisation der Arbeiter zu versprengen und was wurde gehalten? Dauernde Arbeit, bessere Löhne und sonstige schöne Dinge und wie sieht es heute in Wirklichkeit? Die Löhne und die Arbeitszeit, welche durch Tarif am 1. August 1905 mit Hilfe des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes errungen wurden, sind heute noch maßgebend mit Ausnahme von München, wo die Kollegen durch das Eingreifen unseres Verbandes in der Lage waren, bedeutend günstigere Verhältnisse zu schaffen. Zum großen Teil aber werden die Käse-salzer unter diesem Tarife entlohnt, trotz den schönen Versprechungen und trotz der immer teurer werdenden Lebenshaltung. Wir sehen also, Kollegen, daß auf Versprechungen nichts zu geben ist und müssen daher wieder selbst Hand anlegen wie im Jahre 1905, um das längst Versprochene zur Einlösung zu zwingen. Mit frischem Mut und Vertrauen muß wieder gearbeitet werden, bis auch für die Kollegen in den Käsegeschäften ein Tarif zustande kommt, der jede willkürliche Entlassung und Bezahlung verhindert.

Düsseldorf. „Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis!“ Dieses Motto steht der gelbe „Gesangverein Leonhard Tieh“, Düsseldorf seinen Satzungen obenan, jedenfalls war ein anderes Motto bei den dunklen Plänen der Vereinsgründer nicht gut angebracht. Weshalb wir uns die Satzungen etwas näher, so entpuppt sich die Einleitung gleich als eine grobe Unwahrheit, um nicht zu sagen, faulstidige Lüge. Der Satz lautet: Der Verein verdankt seine Entstehung dem allgemeinen Wunsch der Angestellten. Das ist wie gesagt, un wahr. Wahr ist vielmehr, daß die Angestellten in den Verein hineingepreßt werden sind und noch werden. Betrachten wir uns nur die Gründer des Vereins und es bestätigt sich, daß eine Anzahl Streber den Anlaß zur Vereinsgründung gaben, um sich bei der Geschäftsleitung angenehm bemerkbar zu machen. Unter diesen Angestellten befinden sich Leute, die wegen fortgeschrittener Trunkenheit während des Dienstes entlassen werden mußten, die aber durch Fürsprache der Obergeordneten wieder im Betriebe gebildet werden.

Durch korrekte Arbeitsleistung können sich derartige Leute ihren Unterhalt nicht verdienen, deshalb werden sie zu Verrätern ihrer selbst und ihrer Arbeitskollegen. Gesinnungsschwärmer und Angeberei machen sich denn auch bei der Firma L. Tieh behaglich breit. Während den Verbandsmitgliedern jede Unterhaltung, sogar im Kaffeezimmer, untersagt ist, agitieren die Gelben in der ungeniertesten Weise während der Arbeitszeit und namentlich des Abends oder des Nachts beim Wohnern und Putzen für ihren Verein. Es ist ein offenes Geheimnis, daß nur der bei der Firma L. Tieh vorankommt, der ein eifriger Förderer des gelben Gesang-Vereins ist. Alle gegen-teiligen Versicherungen der Firma, sie übe keinen Einfluß auf die Angestellten aus, welcher Vereinnahmung sie angehören, sind dadurch am besten widerlegt, indem sie den gelben Verein dauernd durch Geldmittel unterstützen. In den Satzungen des Vereins steht von dieser Unterstützung allerdings kein Wort, dazu heißt die Firma genügend scharfen Geschäftssinn, um sich nach außen hin bloßzustellen. Es gewinnt den Anschein, daß die Satzungen des Vereins in den Bureaus der Firma zusammengeklappt sind, wie ja auch die Drucklegung die Firma selbst besorgte. Denn es ist kaum anzunehmen, daß Angestellte ein so hervor-ragendes Interesse an der „Ehre“, an dem „Wohl“ der Firma zeigen, wie es die Satzungen vorsehen. Hier nur einige Proben aus den Satzungen: Er verfolgt den Zweck, die Mitglieder zu einem harmonischen Ganzen zu formieren (militärisch), um innerhalb des Hauses ihre Interessen und das Wohl der Firma im Auge zu halten und außerhalb des Hauses in erster Linie die Ehre des Hauses

in den Augen Düsseldorf zu wahren und zu festigen. Doppelt hält besser, deshalb folgt noch folgender Satz: — die Mitglieder harmonisch zusammenzuschließen und somit für die Ehre des Hauses Tieh zu arbeiten bestrebt sein. Theorie und Praxis sind zwei verschiedene Dinge und so kommt es vor, daß Gelb-linge, die den Posten eines Portiers versehen, zur höheren Ehre des Hauses im Portal auf dem Schirmständer sanft entschimmert, mit hoch-rottem Antlitz irgend eine unbekannte Melodie, zwar nicht fangen, — aber schnarchen, und einen Fußel-dunst angenehmer Art verbreiten. So sorgen die Gelben für das Ansehen der Firma. Wahrhaftig, die Mutter muß sich ihrer Kinder schämen. Daß sich die Angestellten der Firma Tieh die Mühe selbst machen, mit der sie dann geächtigt werden, geht aus dem Schlüsselpassus der satzlosen Satzungen hervor, es heißt wörtlich: Sollte ein Mitglied gegen die Ordnung sowie gegen die Vereins-Einrichtung und auch zum Nachteile des Vereins auf andere Mitglieder einwirken oder durch eigene Ansicht Einfluß ausüben, die Uneinigkeiten und Zwist hervorrufen, sowie Ruhe und Ordnung des Vereins durch poli-tische Agitation gefährdet, wird nach genauer Feststellung der Sache sofort ausgeschlossen und kann niemals mehr Mitglied des Vereins werden.

Ueber sofortige Ausschließung entscheidet der Vor-stand. Für solche Fälle sind protokol-larische Belege in den Vereinsbüchern niederzulegen und dem Protokollrat auf Wunsch vorzulegen. Protokoll des Vereins ist laut Satzung Herr Alfred Binus, ein Neffe des Herrn Tieh, der Personalchef des Hauses L. Tieh A.-G., Düsseldorf. An dem Schlüsselpassus ist vieles interessant und wenn die bei Tieh beschäftigten Han-delsklaven noch das Denken nicht verlernt hätten, würde ein Sturm der Entrüstung losbrechen ob dieser herrischen Umfassung einer sich wie toll gebärdenden Unternehmerratschaft und ihrer Trabanten. Erst werden die Tieh'schen Angestellten bei Strafe der Protokoll-machung in den Verein gepreßt, sind sie Mitglied, dann macht man ihnen Vorschriften darüber, was sie denken und reden dürfen. Eine eigene An-sicht dürfen Mitglieder dieses Vereins nicht haben, denn derjenige, der durch seine eigene Ansicht Einfluß auszuüben gedenkt, wird auf immer ausgeschlossen und kann niemals mehr Mitglied werden. Wer gar das Kapitalverbrechen begeht und die Ruhe und Ord-nung des Vereins durch politische Agitation gefährdet, der vielleicht seine Ansicht, seine Ueberzeugung dahin äußert, daß kleine und vor allem gelbe Vereine den Interessen der Arbeiter schmerzhaft zuwiderlaufen, der muß laut Statut dem Protokollrat bekannt ge-gaben werden, daß dann nach Einsicht der vom eigenen Verein gelieferten Akten, die schleunigste Verfügung des Ständers verfügen kann. Auf welcher ungesunden Grund-lagen muß doch so ein Verein aufgebaut sein, daß jedes Mitglied zum Denunzianten seines Nebenkollegen sich erniedrigen muß, um nur das ver-borgene Sumpfpflänzchen künstlich am Leben zu er-halten. Eingang der Satzungen ist auch ein kleiner Satz vorhanden, der von den Interessen der Mit-glieder spricht. Nun sind in der Woche nach Weih-nachten zirka 20 Kollegen entlassen worden, wegen Arbeitsmangel; da hätte der Verein doch seine Da-seinsberechtigung zeigen müssen. Es gereicht der Firma L. Tieh gewiß nicht zur Ehre, jezt im Zeichen all-gemeiner Arbeitslosigkeit eine so große Anzahl Kol-legen zu entlassen und der Verein gibt da als Haupt-zweck an, die Ehre und das Ansehen der Firma in den Augen Düsseldorf zu schützen und zu schirmen. Warum löst der Verein sein Versprechen nicht ein? Oder hat der Verein nur schöne Worte, die er nie-mals in die Tat umsetzen kann? Das Letztere trifft zu. Die Tieh'schen Kollegen haben eine „Pä-pel-adum in meit begangen, als sie sich von einigen Vorgesetzten in den Verein locken ließen und als sie nach und nach die Organisation vernachlässigten; hätten sie zum deutschen Transportarbeiter-Verband gestanden, dann wären solche Zustände nicht eingetreten, dann könnte die Firma nicht so launenhaft mit den Ex-istenzen der Arbeiter spielen, wie es in der letzten Zeit geschehen.

Daß der deutsche Transportarbeiter-Verband es versteht, die Interessen seiner Mitglieder wahrzu-nehmen, zeigt sich bei der Firma Franden u. Bang, wo die Fahrer eine Zulage von 1 pSt. der Ein-nahme und die Lageristen eine Zulage von 1 Mt. pro Woche, von 28 auf 29 Mt., trotz schlechter Wirt-schaftslage erhalten. Bei der Firma Gebr. Hartoch sind zwei Verbandsmitglieder gekündigt worden, der eine Kollege erhielt von Seiten des Verbandes gute Arbeit nachgewiesen, noch bevor die Kündigungsfrist abgelaufen war, den zweiten Kollegen beschäftigt die Firma Gebr. Hartoch noch ein, zwei oder drei Wochen weiter, bis der Verband ebenfalls für diesen Kollegen eine passende Stelle nachzuweisen in der Lage ist. Was bietet aber der „Gesangverein Leonhard Tieh“ den Mitgliedern? Nichts, rein gar nichts! Denn mit dem Ausscheiden aus dem Geschäft ist auch das Aus-scheiden aus dem Verein verbunden; aller Rechte sind die Mitglieder mit einem Schlag beraubt. Werden die Tieh'schen Handelsarbeiter nun bald einsehen, daß eine solche Vereinnahmung nur enormen Schaden und auch nicht den kleinsten Vorteil für sie bringt? Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen gewiß sehr viel zu wünschen übrig, um die Bezahlung der Weber-stunden, der Nacharbeit, für Wohnarbeiten muß ständig geleistet werden, bald jede Woche ein anderer Modus der Bezahlung Platz. Warum? Weil die Firma recht viel Arbeit für möglichst wenig Geld geleistet haben will, es wird auch nur die Zeit be-zahlt, die wirklich gearbeitet worden ist. Waschen und Ankleiden sollte wenigstens bei der Nacharbeit in die

Arbeitszeit eingerechnet und bezahlt werden. Die Pausen zwischen der Nacharbeit und dem Wiederbeginn der Tagesarbeit sind ebenfalls zu kurz bemessen, so endet die Nacharbeit des öfteren um 5 Uhr morgens und um 12 Uhr mittags beginnt bereits die reguläre Tagesarbeit. Nach 17stündiger Arbeit ist eine sieben-stündige Pause zu kurz, um sich wirklich ausruhen zu können.

Seit einigen Wochen geht die Firma dazu über und hält jede Woche bei der Lohnung eine Wart als Skantion ab. Die Löhne sind nicht so hoch, daß die Handelsarbeiter zu üppig werden könnten. Im Ueb-rigen können sich die Handelsarbeiter ihr Geld selbst zinsbringend anlegen. Also Bevormundung seitens der Firma, Bevormundung seitens der Vereins-leitung, ein Zustand, dem die Kollegen entgegen-wirken müßten in ihrem eigenen Interesse ihres An-sehens. Und das können die Kollegen dadurch, daß sie sich dem deutschen Transportarbeiter-Verbande an-schließen, dort ihre Pflicht als organisierte Arbeiter voll und ganz erfüllen. Nicht in Vereinen, in denen Vorgesetzte und Vorarbeiter die erste Geige spielen, ist der Platz eines denkenden Arbeiters, son-dern Schulter an Schulter mit den Leidensgenossen in moderner Organisation muß sich der moderne Arbeiter betätigen. Deshalb heraus aus dem gelben Verein, der Euch der Verachtung der gesamten organisierten ehrlich denkenden Arbeiterschaft ausliefert, heraus aus dem Verein, der Euch zu Kriechern und Heuchlern erziehen will, hinein in die moderne Organisation.

Frankfurt a. M. Ein humaner Arbeit-geber ist der Lager-Verwalter Glud der Getreide-firma Jakob Mayer, Mainzerlandstraße. Wenn in diesem Betriebe ein Arbeiter das Unglück hat, mor-gens einmal zu verschlafen, wird ihm gleich mit Ent-lassung gedroht. Ein Arbeiter mußte drei Tage nach Weihnachten einen Tag zu Hause bleiben, weil seine Frau schwer krank war. Als er am andern Morgen zur Arbeit kam und sich entschuldigte, wurde er vom Lager-Verwalter Glud sofort entlassen mit der Begründung: „Das geht mich nichts an, wenn Ihre Frau krank ist.“ Daß eine so plötzliche Ent-lassung mitten im Winter auf den Krankheitszustand einer Frau nicht günstig wirkt, läßt sich leicht denken. Wie eine solche Handlungsweise zu beurteilen ist, überlassen wir der Öffentlichkeit und dem Südwest-deutschen Arbeitgeber-Verband.

Transportarbeiter.

Frankfurt a. M. Ein Gefühlsmensch. Im Fuhrgeschäft Friedrich Feist-Bodenheim, Friesen-gasse, arbeiten die Fuhrleute noch unter Verhältnissen, die in keiner Weise der modernen Zeit angepaßt sind. In diesem Betrieb werden des Sonntags Wagen ge-waschen, Geschirre geputzt, bis mittags 1 Uhr alle möglichen Arbeiten verrichtet, die gegen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen verstoßen. Die Fuhrleute sind wochentags von morgens 4 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr angestrengt tätig. Wer nun glaubt, Samstags-Abends oder, wie es in vielen anderen Fuhr-betrieben längst eingeführt ist, Freitags seinen sauer verdienten Lohn zu bekommen, der irrt sich. Bei Herrn Feist wird erst Sonntag-Mittag 1 Uhr der Lohn ausgezahlt.

Als am Tage vor Weihnachten die im Betrieb beschäftigten Kollegen Herrn Feist um einen Vorstoß baten, damit auch sie wenigstens das Notwendigste für die bevorstehenden zwei Weihnachtstage besorgen könnten, erklärte Feist kurz und bündig: „Bei mir ist erst am Sonntag-Mittag Zahntag.“ Und richtig, am zweiten Weihnachtstage, mittags 1 Uhr bekamen die Fuhrleute erst ihre paar Pfennige.

Herrn Feist scheint nicht bekannt zu sein, daß in Frankfurt a. M. seit Jahren die völlige Sonntags-ruhe eingeführt ist und daß Arbeiten, wie solche in seinem Betrieb an Sonntagen verrichtet werden, nicht statthaft sind. Die von unserer Organisation am Orte eingesetzte Schutzkommission wird sich noch näher mit diesem Betriebe beschäftigen.

Einer, der die Organisation fürchtet. Ganz hinten in der Polacke sucht Herr Wilh. Luther, Hannover, seine Möbelpader. Er ist wohl der Meinung, daß Leute aus dem fernen Osten weniger Kulturbedürfnisse haben als solche westlich der Elbe. So schrieb denn der Herr Luther einem Kollegen in Gnesen:

„Ich suche zum Eintritt per 1. Januar 1910 einen durchaus zuverlässigen Pachmeister, der selbst-ständig größere Umzüge erledigen kann. Welche Gehaltsansprüche stellen Sie und gehören Sie einer Organi-sation an?“ usw. Wilh. Luther.“

Der Kollege hat hierauf die Frage nach der Or-ganisationszugehörigkeit bejaht und Herr Luther hat schleunigst auf dessen Einstellung verzichtet. Herr Luther weiß eben, wie die Organisation sich ihrer Ange-hörigen annimmt, er weiß, daß sie auf anständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringt und deshalb hat er sich heillosen Respekt vor ihr.

Königsberg i. Pr. Für 25 jährige treue Dienzeit eine Prämie von 10 M. r. l. Diejenigen Arbeiterkategorien, die die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, beglückt man in neuerer Zeit mit Prämien. So sind die Bäder-gehilfen, Gastwirtschaftsgehilfen, Landarbeiter und Dienst-mädchen für „treue Dienste“ prämiert worden. Jetzt ist man in Königsberg i. Pr. auch daran gegangen, „treudienende Kutscher mit Diplomen auszustatten“. Vor den Feiertagen sind im Artushof beim Vorstand des Vereins der Pferdebesitzer von Königsberg und Umgegend eine Reihe von Kutschern, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen einem Mitgliede des Ver-eins „treu gedient“ haben, prämiert worden. Der Vor-sitzende Fuhrhalterbesitzer Hinz, hat in seiner An-sprache hervorgehoben, daß trotz der scharfen sozialen

Strömungen der Verein in der angenehmen Lage sei, für längere Dienstzeit treuen Gehilfen eine Anrechnung zuteil werden lassen zu können.

Die Herren Fuhrhalterbesitzer haben jedem Kutscher eine Prämie von 10 Mk. und ein Diplom gegeben. Auch Leute, die 12, 13 bis 25 Jahre bei ein und demselben Arbeitgeber tätig gewesen sind, hat man mit 10 Mk. abgefunden. Man sieht, die Herren haben ihre Vereinsklasse nicht gar zu sehr belastet. In Königsberg sind, wie jeder weiß, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kutscher untagbar schlecht. Die Arbeitszeit ist unheimlich lang. Der Lohn zu gering. Daß sich dabei die Arbeitgeber in einer angenehmen Lage befinden, ist ganz klar. Die Herren zahlen niedrige Löhne, lassen die Kutscher täglich lange arbeiten und verabsorgen diejenigen, die mit ihrem Los zufrieden sind und ihren Herren "treu dienen", nach fünf Jahren 10 Mk. macht pro Jahr — zwei Mark Prämie!! Das ist ein vorzügliches Geschäft für die Arbeitgeber. Natürlich ist die Lage der Kutscher desto trostloser. Und diese sollten alles darans setzen, um mit Hilfe der Organisation sich ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen. Auf Diplome und Prämien aber sollten sie einfach pfeifen.

Leipzig. In der Nr. 50 des "Courier" vom vorigen Jahre veröffentlichten wir den Vertrag, der für die Bühnen- und Transportarbeiter in den hiesigen Stadttheatern abgeschlossen wurde. Heute sind wir in der Lage, der Kollegenchaft den Lohn- und Arbeitsstufen mitzutellen, der für die Kollegen in dem Leipziger Schauspielhaus und Operettentheater vereinbart wurde.

Lohnvertrag.

Zwischen der Direktion des Leipziger Schauspielhauses sowie des Operettentheaters und dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande (Verwaltungsstelle Leipzig) bezw. den unterzeichneten Arbeitnehmern, wird folgender Vertrag vereinbart:

A. Löhne.

Die gegenwärtig im Leipziger Schauspielhaus und Operettentheater für Bühnen- und Transportarbeiter bestehenden Monatsstaffellöhne werden vom 1. Januar 1910 ab wie folgt erhöht:

| | | |
|------------|-------------|-----------|
| Von 90 Mk. | auf 100 Mk. | monatlich |
| " 93 " | " 104 " | " " |
| " 95 " | " 106 " | " " |
| " 100 " | " 110 " | " " |

Diese Löhne werden am Jahreschlusse um eine Staffel erhöht, bis der Höchstlohn von 110 Mk. pro Monat erreicht ist. Neuingetretene beginnen mit einem Anfangslohn von 100 Mk. Dem Vorhangzieher werden pro Monat 5 Mk. extra gewährt.

B. Arbeitszeit.

Die tägliche Arbeitszeit beginnt in obigen Theatern morgens 8 Uhr und endet nachmittags 1/2 2 Uhr. An Tagen wo Stückproben stattfinden, nachmittags um 2 Uhr. Unterbrochen wird dieselbe durch eine halbtägige Frühstückspause, welche in der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags gewährt wird. Die Mittagspause muß mindestens 2 Stunden betragen.

Nachmittags beginnt die Arbeitszeit 1/2 Stunden vor Beginn der Vorstellungen und endet 1/2 11 Uhr im Schauspielhaus und um 11 Uhr im Operettentheater, resp. nach Schluß der Vorstellungen.

C. Sonn- und Feiertagsarbeit.

Sonn- und Feiertagsvormittagsarbeit wird mit 2 Mk. entschädigt; für Nachmittagsvorstellungen werden 1,50 Mk. gewährt. Auch für Wochen-Nachmittagsvorstellungen und Sonntag-Matinee wird 1,50 Mk. gezahlt.

D. Bezahlung der Ueberstunden.

Alle Arbeiten vor oder nach der festgesetzten Arbeitszeit berichten, gelten als Ueberstunden und sind demgemäß mit 50 Pf. pro Stunde zu bezahlen.

E. Bezahlung der Nacharbeit und Aushilfsarbeiten.

Nacharbeit wird mit 1 Mk. pro Stunde entschädigt. Die Aushilfsarbeiter erhalten für die Vorstellung 1,25 Mk., für Vorstellungen von längerer Dauer 1,50 Mk. Als Vorstellungen von längerer Dauer gelten im Schauspielhaus solche, die nach 1/2 11 Uhr und im Operettentheater nach 11 Uhr zu Ende sind.

Anderer Aushilfsarbeiter werden an Wochentagen mit 50 Pf. an Sonn- und Feiertagen, sowie bei Nacharbeit mit 75 Pf. pro Stunde entschädigt.

F. Freie Lage.

Freie Lage erhalten die Arbeiter wechselseitig und zwar so, daß jeder sechste Tag für jeden Arbeiter freigegeben wird.

G. Erholungsurlaub.

Den in Frage kommenden Arbeitern wird unter Fortzahlung des Lohnes ein Erholungsurlaub von 6 Arbeitstagen im Jahre gewährt.

H. Sanitäre Einrichtungen.

Die Direktion verspricht die Vermehrung der vorhandenen Waschküchen und der verschleißbaren Garderobenschränke.

I. Arbeitsnachweis.

Bei Bedarf von Arbeitskräften benutzt die Direktion den Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Leipzig, Zettlerstr. 32, 3 Treppen, Zimmer Nr. 17, Telefon 3426, soweit derselbe in der Lage ist, geeignete Vorschläge zu unterbreiten.

Abweichungen hiervon sind nur nach beiderseitiger Verständigung zulässig. Der Nachweis von Arbeitskräften geschieht unentgeltlich.

K. Allgemeine.

Bei etwaigen Differenzen, welche die Auslegung und Ausführung dieses Vertrages betreffen, sind die

Verhandlungen mit der unterzeichneten Verbandsleitung zu führen.

Dieser Vertrag gilt für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis 30. November 1911 unauflösbar, und zwar dergestalt, daß die getroffenen Vereinbarungen weder abgeändert, noch umgangen werden dürfen.

Findet vier Wochen vor Ablauf des Vertrages von keiner Seite der vertragschließenden Parteien eine schriftliche Kündigung statt, so verlängert sich derselbe jedesmal um ein weiteres Jahr.

Leipzig, den 28. Dezember 1909.

Die Direktion des Schauspielhauses und Operettentheaters.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, (Verwaltungsstelle Leipzig).

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Machen. Am 19. Dezember fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der der Gauleiter einen lehrreichen Vortrag über die Reichsversicherungsgesetzgebung hielt. Redner beleuchtete besonders die Faten des Zentrums bei der Schaffung einer Witwenversicherung und erörterte die vielen Mängel des Entwurfs. Die Ausführungen fanden vielen Beifall. In der Diskussion gaben einige Kollegen Selbstkritik zum besten. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde zur fleißigen Mitarbeit bei der Ausbreitung der Organisation aufgefordert und dann die Versammlung geschlossen.

Göternförde. Generalversammlung vom 2. Jan. Die Ortsverwaltung wurde zusammengesetzt aus: Redner und Zeilen Bevollmächtigte, Barmer Kassierer, Brill Schriftführer. Revisoren die Kollegen Gröhlen, Weiß und Klentner. Zur Kontrolle über die Fischräuchereien wurde eine Kommission von 3 Mitgliedern gewählt. Die Kollegen täten gut, dem gelben Räucher-gehilfen-Berein fernzubleiben, weil dieser nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Unternehmer vertritt. Dieser Verein arbeitet deshalb auch gegen die Gewerkschaftsbewegung.

Frankfurt a. D. Unsere Generalversammlung fand am 3. Januar statt und war gut besucht. Der Kassierer Aue gab die Abrechnung vom 4. Quartal. Es war eine Einnahme von 753,41 Mk. zu verzeichnen. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 174,25 Mk., an die Hauptkassette gelangt 401,72 Mk., so daß ein Kassenbestand von 177,44 Mk. verbleibt. Die Jahresabrechnung zeigte folgendes Bild: Einer Einnahme von 3128,47 Mk. steht eine Ausgabe von 1497,24 Mk. gegenüber; an die Hauptkassette gelangt 1631,23 Mk. Markten wurden 5621 a 35 Pf. und 233 a 20 Pf. umgesetzt; das ist ein Mehr von 472 Stück im Jahre 1908. Die Mitgliederzahl ging gegen Ende vorigen Jahres um 4 zurück. Wenn auch die Kassenverhältnisse etwas bessere geworden sind, so läßt die Abnahme der Mitgliederzahl immerhin durchblicken, daß in diesem Jahre nicht mit dem nötigen Nachdruck gearbeitet worden ist, und liegt es an den Kollegen, die Agitation im neuen Jahre intensiver zu betreiben. Wenn jeder Kollege einen einzigen Indifferenten im Quartal dem Verbandszugeführt, dürften auch hier am Orte bald bessere Zeiten für die Transportarbeiter eintreten. Den Jahresbericht gab der Kollege Straßburg. Es wurden abgehalten: Mitgliederversammlungen 14, öffentliche 1 und 58 Besprechungen bezw. Sitzungen. An Briefe, Karten, Pakete und Drucksachen gingen ein 308, an Ausgänge waren 406 Briefe usw. zu verzeichnen. Außerdem haben in diesem Jahre die Gewerkegewerkschaften sowie die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse und zur unteren Verwaltungsbehörde stattgefunden, wo die Transportarbeiter reger teilgenommen haben. Wir stellen 24 Vertreter der Ortskrankenkasse, sowie den Revisor, außerdem einen Gewerkegewerkschaftsbesitzer sowie vier Vertreter zum Arbeiter-Schiedsgericht. Auch haben in diesem Jahre zwei Tarife abgeschlossen werden können und zwar bei der Mineralwasserfabrik von Carl Becker, sowie mit der Niederlage der Pagenhofer Brauerei, wo den Kollegen eine Zulage von 2 und 1 Mk. pro Woche, sowie bessere Regelung der Arbeitszeit und Bezahlung der Ueberstunden gewährt wird. Ihr seht also, Kollegen, daß, wenn Ihr ehnig seid, auch für andere Zustände gesorgt werden kann; deshalb muß jeder ein Agitator der guten Sache sein. Agitationsstoff bietet die im letzten Sommer durchgeführte Finanzreform genug. Also Kollegen, auf zu neuer Arbeit, der Erfolg wird nicht ausbleiben. Bei der Vorstandswahl wurde auf Antrag des Kollegen Schönfelder der alte Vorstand wiedergewählt. Als Revisoren gingen die Kollegen Gottschalk, Gustav Waganz und Schönfelder aus der Wahl hervor; als Kartelldelegierte wurden gewählt die Kollegen Schulte, Reisch, Gottschalk. Unter Vertretungsteil teilte Kollege Straßburg mit, daß der Zentralvorstand jetzt Gelegenheit habe, dem Münchener Verbandstagsbeschlusse nachzukommen und der Bureaukratie ein Ende zu machen; er steht in Verhandlungen zwecks Anlauf eines eigenen Heims. Der Zentralvorstand schlägt deshalb vor, um die Mittel nicht aus der Verbandskasse zu nehmen und so die Aktionsfähigkeit des Verbandes zu unterbinden, daß jedes Mitglied im Jahre 1910 einen Extrabeitrag von 2 Mk. leisten solle und zwar in Raten von 50 Pf. pro Vierteljahr. Kollege Straßburg ist aber der Ansicht, daß die Entlastung der Extrabeiträge auf Schwierigkeiten stoßen könnte und empfiehlt den Kollegen, lieber vom 1. Februar ab eine Erhöhung des Wochenbeitrages um 5 Pf. vorzunehmen, damit der Kassierer in der Lage wäre, alle Vierteljahr die Extrabeiträge einzusenden, und können wir mit Anfang nächsten Jahres dann in eine höhere Beitragsklasse, wenn wir die 5 Pf. Zuschlag beibehalten, eintreten. Der Vorschlag wurde

auch nach längerer Diskussion einstimmig angenommen. Dann wurde die Versammlung mit der Aufforderung, treu zur Fahne zu halten und die Agitation kräftig zu fördern, geschlossen.

Oppers. Am 27. Dezember fand hier eine Mitglieder-Versammlung statt, in der eine Kollege aus Reutheben über die Zukunft des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes referierte.

Redner führte aus, daß es endlich gelungen sei, nach jahrelangen Vorarbeiten zwischen den Vorständen der Hafenarbeiter-, Seemanns- und Transportarbeiter-Verbande alle noch bestehenden Differenzen zu beseitigen und daß auf der Vorstandskonferenz vom 16. bis 18. Dezember die Einheitsorganisation geschaffen sei. Es sei eine ungeheure Macht, die sich nunmehr im Transportarbeiter-Verbande vereinigt hat. Es war aber auch die höchste Zeit, daß diese Einigung zustande kam, denn dem vereinigten Schaffensorgan der Arbeitgeberverbände im Transportgewerbe kann nur eine geschlossene Masse der Arbeitnehmer die brutale Unterdrückungsgelüste austreiben.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit dem vom Hauptvorstand überbrachten Zirkular Nr. 38 betreffend Grundstücksverwerb. Es wurde lebhaft bedauert, daß die Ortsverwaltung nicht in der Lage ist, dem Vorstande Mittel zur Verfügung zu stellen; die hiesige Zahlstelle besteht erst ein Jahr und ist der Ortskassenbestand nur ein minimaler. Dann wurde einstimmig beschlossen, im Jahre 1910 einen, in 1/4 jährlichen Raten a 50 Pf. zu zahlenden Extrabeitrag von 2,00 Mk. zu bezahlen.

Zum Schluß wies der Referent noch auf das verfloßene Weihnachtsfest hin; wie viele von den Arbeitern werden von dem Frieden und dem Wohlgefallen der Menschen nichts gespürt haben. Für die Arbeiterklasse gibt es keinen Frieden! Sie muß stets auf der Wacht sein; hat doch das brutale Unternehmertum kurz vor dem Feste der Liebe Hunderte und Tausende von Arbeitern auf das Straßengpflaster geworfen. — Auch die Opperter Kollegen müssen mehr einig sein. Alle persönlichen Meinungen und Streitigkeiten, die nur aus Klatschereien entstehen, müssen verschwinden in Anbetracht der großen Sache, die wir zu unserem Lebensziel gesteckt haben. Hunderte von Kollegen gibt es noch für uns zu gewinnen, alle Hafenarbeiter, alle Sand- und Mühlenschiffer, die auf der Ober oder an der Ober beschäftigt sind, gehören zu uns. Wir müssen diese Kollegen ausklären, damit wir sie zu uns herüberziehen; aber da muß jeder Kollege seine Schuldigkeit tun, mithelfen bei der Aufklärungsarbeit, damit wir in der Stunde der Not und Gefahr geschlossen dastehen. — Also alle Mann an Bord, uns jeder seine Pflicht!

Stattdor. Am 28. November 1909 fand eine Versammlung statt, in welcher zuerst von den Anwesenden das Ableben des Kollegen Max Goppert durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Sodann referierte der Gauleiter über: Mehr Steuern! — Was tun? Der Referent führte den Anwesenden vor Augen, wie einerseits die Ausgaben für Verbrauchsgüter und Lebensmittel durch indirekte Steuern immer höher getrieben, andererseits, zu was für nutzlosen Zwecken die vielen hundert Millionen Mark Steuern gebraucht werden und wie sich durch diese Volksausbeutung die Lebenslage der Arbeiterklasse von Jahr zu Jahr verschlechtert. Ganz besonders verwerflich sei es hierbei, daß die größten Kulturfeinde, die Junker, einen beträchtlichen Teil des Steuerrandes in Form einer Liebesgabe für Schnapsbrennereien einheimsen. Diese ca. 50 Millionen Mark Liebesgaben können die Arbeiter ganz erheblich vermindern, wenn sie den Boykott-Beschluß des Leipziger Parteitages nachkommen und den Genus des Branntweins vollständig meiden. Es sei Pflicht aller Arbeiter, sich ihrer gewerkschaftlichen wie politischen Organisation anzuschließen, deren Versammlungen zu besuchen, um sich auszuklären. Wir wollen durch die Macht der Organisation der Herrschaft der Volksfeinde und Ausbeuter in Deutschland ein Ende machen. Einigkeit macht stark. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Dann entspann sich eine Diskussion über die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufs Kollegen am Orte und deren Gleichgültigkeit. Auch das Verhalten des Buch- und Steindruckereibesizers F. Binder wurde kritisiert, weil er einen Kollegen, der mit 16 Mk. Wochenlohn nicht auskommen konnte und mehr verlangte, kurz vor Weihnachten entlassen hat. Nach Erledigung einiger internen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Weißwasser. Am 18. Dezember fand unsere Monatsversammlung statt, in der zuerst Kollege Läubrich den Kartellbericht erstattete, wobei er auf die Mehrbenutzung der Bibliothek durch die Kollegen hinwies. Die Auskunftsfrage finden nicht mehr am Dienstag, sondern des Mittwochs statt. Als Kartelldelegierter wurde der Kollege Läubrich wiedergewählt. Unter Geschäftliches teilte der Kollege Barsch mit, daß vom Hauptvorstand ein Zirkular ein eigenes Haus betreffend, eingegangen sei, worüber sich eine lebhafte Debatte entspann. Auf Antrag des Kollegen Winkelbauer wurde beschlossen, hierzu dem Vorstand 50 Mk. zu überweisen. Nach Erledigung einiger internen Sachen erfolgte Schluß der Versammlung.

Worms. In der Versammlung am 28. Dezbr. gab der Bevollmächtigte bekannt, daß an Stelle des bisherigen Kassierers der Kollege Wagenheimer bis zur allgemeinen Neuwahl die Kasse führen wird. Die Differenzen beim Brauereibesitzer Mühl sind zu Gunsten der Arbeiter beigelegt worden. Die Kollegen wurden aufgefordert, mehr als bisher Mitglieder des Konsumvereins zu werden. Der Gauleiter referierte hierauf in ausführlicher Weise über die künftigen Aufgaben der Arbeiterchaft. Die trefflichen Ausführungen fanden großen Beifall. Nach einer Auforderung zu reger Agitation trat Schluß der Versammlung ein.

Allgemeines.

Berlin. Arbeitsnachweis-Bericht der Berliner Verwaltung.

Arbeitslos waren am Schluß des 3. Quartals 289 Koll. Im Laufe des 4. Quartals meldeten sich neu 2628

Table with columns: Arbeitslos waren nach Branchen, Gemeldete Stellen (für fest u. Aushilfe), Besetzte Stellen (für fest u. Aushilfe). Rows include Hausdiener u. Packer, Kutscher u. Mitfahrer, Exped. u. Lagerarb., etc.

Middorf. Provisorischer Arbeitsnachweis. Gastwirt Lange, Richardstr. 112.

Table with columns: Arbeitslos waren nach Branchen, Gemeldete Stellen (für fest u. Aushilfe), Besetzte Stellen (für fest u. Aushilfe). Rows include Hausdiener u. Packer, Kutscher, Exped. u. Lagerarb., etc.

1) und 2) Berlin übergeben und auch besetzt.

Arbeitslos blieben am Schluß des 4. Quartals 584 Kollegen. 1836 unterstützungsberechtigte arbeitslose Kollegen erhielten für 15318 Tage 18633,60 Mt. Arbeitslosenunterstützung.

12 jugendliche Kollegen erhielten für 151 Tage 65,75 Mt. 2 weibliche Mitglieder erhielten für 24 Tage 14,50 Mt. Insgesamt wurden an 1850 Kollegen und Kolleginnen 18718,85 Mt. im 4. Quartal ausgezahlt.

Am 52 auf der Durchreise befindliche Kollegen wurden im Laufe des 4. Quartals 88,50 Mt. Reiseunterstützung gezahlt.

Abgereist sind im 4. Quartal 40 Kollegen. Pflicht eines jeden organisierten Kollegen ist es, jede freigewordene Stelle sofort dem Arbeitsnachweis zu melden.

Die in Arbeit stehenden Kollegen bitten wir, jede bekannte frei gewordene Stelle dem Arbeitsnachweis zu melden, um dieselbe, wenn möglich, von unseren arbeitslosen Kollegen besetzen zu können.

Es tue ein Jeder seine Pflicht!

Worms. Die Hilfskrankenklassen.

Nachdem die Arbeiter mit der Kasseler Hilfskrankenklasse die bittersten Erfahrungen gemacht haben, sollte man meinen, sie wären nun ein für allemal kuriert. Bewahre! Eben aus der Batsche gezogen, fallen sie einer anderen Schwindkassette zum Opfer. Zur Zeit streckt die Chemnitzer allgemeine Krankenkassenversicherungskasse ihre Fangarme über Worms aus. Wenn die Mitglieder selbstverständliche Ansprüche stellen, geht es ihnen wie bei der Kasseler Klasse. Nach den von uns eingezogenen Erkundigungen waren vor dem Amtsgericht Chemnitz an einzelnen Tagen nahezu 100 Klagen gegen diese Krankenkasse zu erledigen. Ein von dieser Klasse verbreitetes Flugblatt mit der Überschrift 'Gegen die in der sozialdemokratischen Presse betriebene Hezerei' ergeht sich einleitend in Schimpferei gegen die sozialdemokratischen Tageszeitungen, die es sich zur Aufgabe machen, fast alle Privatklassen Deutschlands zu bekämpfen. Nach weiteren Vorwürfen gegen die Arbeiter im allgemeinen streicht der Schreiber des Flugblattes die Leistungen der Klasse heraus. Wir wollen nach einem uns vorliegenden Rechnungsabschluss für das Jahr 1908 die Verwaltungskosten etwas beleuchten. Aus der Abrechnung geht hervor, daß einer Ausgabe an Krankengeld von 36 475 Mt. eine Verwaltungsausgabe von 74 548 Mt. gegenübersteht, die sich zusammensetzt aus Gehälterkonto 18 711 Mt., Provisionskonto 29 741 Mt., Unkostenkonto 22 239 Mt. und Druckkostenkonto 3857 Mt. Daß das Druckkostenkonto sehr hoch ist, mag begreiflich sein, wenn man bedenkt, daß die Klasse durch Flugblätter bestrebt ist, für sich Mitglieder zu gewinnen. Ob die Beiträge der Mitglieder zu solchen Zwecken richtig verwendet werden, darüber kann sich jeder selbst ein Urteil bilden. Auffallend ist, daß die Verwaltungskosten reichlich doppelt so hoch sind, als die Ausgaben für Krankenunterstützung. Wenn man die hohen Verwaltungsausgaben gegenüber dem Krankengeldleistungen der Klasse betrachtet, so darf man wohl sagen, daß die Klasse eine gute Geldquelle für die Verwaltungsbeamten ist, so lange die Dummen noch nicht alle sind. Wie die Chemnitzer Krankenkasse ihre Fangarme nach Mitgliedern ausstreckt, macht es auch der Leipziger Krankenunterstützungsverein. Wir haben in letzter Zeit wiederholt die Wahrnehmung machen müssen, daß viele Kollegen aus unserer Ortsverwaltung dieser Klasse zum Opfer fielen. Ein gewisser Herr Carte nimmt alle Personen, ob jung oder alt, ob gesund oder krank, als Mitglieder auf. So lange diese eben pünktlich ihre Beiträge entrichten, sind sie willkommen, wenn sie aber krank werden, haben sie alle Differenzen mit der Klasse, bekommen eben aus irgend einem Vorwand kein Krankengeld. Wer gewillt ist, einer Hilfskasse beizutreten, sollte sich erst beim Vorsitzenden, Heinrich Frey, Seidenbänderstr. 41, nach einer guten Hilfskasse erkundigen.

Christliche Intelligenz. Zur Charakteristik unserer unter pfäfflicher Leitung stehenden Volksschulbil-

dung geht uns folgendes offizielle Schriftstück zu, das der Vorsitzende einer Zahlstelle des (christlichen) Zentralverbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands an eines seiner Mitglieder ergehen ließ, dem die Flumereien der betr. Zeitung zu dumm geworden waren. Wir drucken das Filler-Produkt in seinem originellen Stil und dito Orthographie naturgetreu ab. Es lautet:

„Auf den ungezogenen benennen u. über das aus richten des Verbandts bei den andern Kollegen u. Kolleginnen wurde es dan am 27. Dezbr. 09. von den Zentralvorstandt. G. M. Oswald. aus den Verbandt ausgeschlossen.

a. Ausgeschlossen können werden. a. Mitglieder welche die Intereße des Verbandts geschädigt. b. Die statutenmäßigen Verpflichtungen gröblich verletzt; c. und daher in unzeru Verbande nichts mehr zu suchen hast, und ale rechte verlierz jeden Anspruch an den Verbandt und seinen Kasseneinrichtungen, sofern nicht die besondere Satzungen dieser Einrichtungen anders bestimbt.

Mit Gruß der Ausschus. der Vorstandt. (folgt der Name.)

Also das Produkt eines Gewerkschaftsleiters. Wie mag es erst mit den anderen Mitgliedern bestellt sein. Wir machen den Lesern persönlich keinen Vorwurf aus ihrer mangelhaften Schulbildung, wollen damit nur wieder einmal zeigen, welche Folgen unser modernes Volksschulsystem zeitigt. „Je dümmer — desto besser!“ Das ist die Devise der guten Hirten des betörten Volkes.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und die neuen Steuern.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie glaubt die den Machern der neuen „Finanzreform“ sehr unangenehme Erregung der Verbraucher dadurch etwas beschwichtigen zu können, daß er in einem illustrierten Flugblatt „auf Grund des zuverlässigsten wissenschaftlichen Materials“ die neuen Steuern zu erklären sucht. Veranlassung dazu hat ihn das von der Sozialdemokratie verbreitete Flugblatt gegeben, das in drastischer Weise die Wirkungen der neuen Steuern bildlich veranschaulicht. Der Reichsverband nennt das einen „unerbörten Volksbetrug“ und rechnet in seinem Flugblatt vor, wie die Verteuerung durch die neuen Steuern nach „wissenschaftlicher“ Methode wirkt. Nach dieser Berechnung wird ein halber Liter Bier nur um 7/10 Pf. verteuert, so „daß weder eine Erhöhung des Ausschankpreises noch eine Verteuerung der Gläser durch die neue Steuer bedingt ist, daß vielmehr schon der beim Ausschank reichlich gelieferte Schaum einen vollen Ersatz für die alte und neue Verteuerung gibt“. Verteuert würde durch die neuen Steuern Schnaps nur um 10 Pct., die Lasse Kaffee nur um 25/100 Pf., die Fünfspennigzigarre nur um 0,24 Pct., die Zehnspennigzigarre nur um 0,83 Pf. und die Schachtel Streichhölzer nur um 1 1/2 Pf.. Die Streichholzsteuer „soll im Jahre 25 Millionen Mt. bringen, demnach im Jahre 39 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung, also noch keinen Pfennig in der Woche!“

Für die Verbraucher haben diese nach „zuverlässiger wissenschaftlicher“ Methode ausgeführten Berechnungen auch nicht den geringsten Wert, da sie die durch die Zwischenhändler und Produzenten bewirkten Aufschläge ohne Berücksichtigung lassen. Die Praxis rechnet nicht mit halben und hundertstel Pfennigen. Nach der Rechnung des Reichsverbandes stellt sich die Verteuerung des Bieres pro Hektoliter auf 1,35 Mt., dabei haben zahlreiche Branereien den Preis bis um 4 Mt. hinaufgeschraubt. Die Spirituoseninteressenten haben nicht nur 10 Pct., sondern 40 Pct. aufgeschlagen. Ebenso nehmen die Kaffeehausbesitzer nicht 25/100 Pf., sondern 30 Pf. für die Lasse Kaffee; die Fünfspennigzigarre wird um 1 Pf., die Zehnspennigzigarre um 2 Pf. teurer verkauft; Streichhölzer kosten nicht 25 Pf., sondern 30 Pf. Uebrigens wirkt der in dem Flugblatt des Reichsverbandes zum Ausdruck gebrachte Unwille über die Verteuerung durch Zwischenhandel und Produzenten nur komisch, denn die Steuern sind doch eben mit der Absicht der Abwälzung auf die Masse der Verbraucher gemacht worden. Dabei ist allerdings die Preisabrundung nach oben vielfach etwas sehr hoch geworden. Bestände eine stärkere Konsumgenossenschaftsbewegung, so wäre dem Zwischenhandel und den Produzenten die ungebührliche Verteuerung allerdings nicht geallt. Leider trägt aber gerade der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nach Kräften zur Diskreditierung der Konsumgenossenschaftsbewegung bei, wobei er aus politischen Gründen die wirtschaftlichen Gegner der Konsumvereine an niedriger Kampfesweise noch überbietet.

Literarisches.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Mit dem 1. Januar beginnt der 10. Jahrgang dieser Zeitschrift. Wir erwähnen aus dem Inhalt der ersten Nummer: Was lehren Arbeiterbudgets für die Gemeindepolitik? — Beamtenmaßregelungen wegen staatsfeindlicher Stimmabgabe bei Stadtverordnetenwahlen. — Talontsteuer. — Wertzuwachssteuer. — Darlehen statt Obligationen anleihen. — Die Ernährung der deutschen Schulkinder. — Volks- und Jugendspiele. — Lehrergelöhner. — Errichtung einer Arbeiterlosenversicherung. — Zur Reform des Armenpflegekostenarfs. — Strafrecht und Armenwesen. — Landüberweisung an Arme. — Armenunterstützung und öffentliche Rechte. — Berliner Rundschau. — Badewesen. — Aus den Berliner Vororten. — Ein Kommunalratsmitglied. — Aus Baden. — Stadtverwaltung und Arbeitsnachweis. — Stettiner Schulwesen. — Wahlkampf in Eberfeld-Barmen. — Kommunale Fragen in Zeitschriften und neuen Büchern. — Wahlkorrumpimus in Westdeutschland u. a. m.

Ein kurzer Blick auf die Inhaltsangabe einer Nummer läßt die Reichhaltigkeit und Wichtigkeit des

gebotenen Materials erkennen. Durch ein jährlich erscheinendes Inhaltsverzeichnis sowie Sachregister wird die „Kommunale Praxis“ zu einer unentbehrlichen Materialquelle für jeden Genossen, der in der Gemeindeverwaltung tätig ist. Abonnements zum Preise von 3 Mt. pro Quartal nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen sowie Zeitungs Expeditionen entgegen. Probenummern senden gratis und franco der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Atmungsübungen von Otto Kühle. Heft 21 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Zunächst werden in einem Kapitel: „Atmen und Atmungsorgane“ die Grundlagen für eine rationelle Atmungsübungen gewonnen und wird die Bedeutung einer ausgiebigen Ventilation der Lungen gewürdigt. Darauf gibt der Verfasser an der Hand zahlreicher — mehr als 2 Dutzend — selbstentworfenen Figuren eine anschauliche Anleitung zur Ausführung der Übungen: zur Ventilation der Lungen, nach dem Ablauf von Luftröhren-, Lungen- und Brustfellentzündungen, bei chronischer Stuhlverstopfung, bei Asthma, bei Freiluftbehandlung von Lungentränken usw. Wer diese Freilübungen täglich bei offenem Fenster, methodisch vom Leichten zum Schwereren ansteigend, mit dem Verfasser mitmacht, wird nicht bloß seine Lungen, sondern ebenso Herz, Muskeln, Nerven, mit einem Wort den ganzen Menschen kräftiger und widerstandsfähiger machen — wird richtig ein- und ausatmen lernen, was nicht viele verstehen.

Preis 50 Pf., Volksausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Abendburg, Chronik eines Goldsuchers.

Von Dr. Bruno Wille. Mit diesem Roman, für den der Verfasser von einem literarischen Komitee einen Ehrenpreis von 30 000 Mt. erhielt, beginnt die Zeitschrift „In Freien Stunden“ den neuen Jahrgang. Der Roman ist bei seinem Erscheinen lobend besprochen worden. Es ist daher anzunehmen, daß die Leser der „In Freien Stunden“ diesen Roman mit besonderem Interesse aufnehmen, und es wäre zu wünschen, wenn recht viele Parteigenossen und Genossinnen das Streben des Verlags, nur die besten Romane zum Abdruck zu bringen, unterstützten, indem sie für weitestete Verbreitung der Wochenschrift „In Freien Stunden“ agitieren. „In Freien Stunden“ ist geschaffen worden, um die gemütvorgiftende Schundliteratur aus den Wohnungen der Arbeiter zu entfernen. Jeder Arbeiter, der für die Verbreitung der Wochenschrift tätig ist, trägt mit bei zur Erreichung des durchaus erstrebenswerten Zieles. „In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 Pf. Da Heft 1, in dem der Abdruck des Romans „Die Abendburg“ beginnt, soeben zur Ausgabe gelangt, ist jetzt der günstigste Termin zum Anfang eines Abonnements. Zu beziehen durch alle Zeitungsanstreger, Stolportreue, Expeditionen und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1883-1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder. Komplette Ausgabe 18 Lieferungen à 30 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Wirth u. Co., m. b. H. München.

Jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird schon oft ein Nachschlagewerk vermisst haben, wenn er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell verhalten hat. Bisher mußte man, um darauf die Antwort zu finden, unter Zuhilfenahme des Gedächtnisses die immer stärker werdende Zahl der Protokolle zur Hand nehmen, wodurch großer Zeitverlust entstand. Wenn das Werk vollendet vorliegt, ist das nicht mehr nötig. Alles was in 46 Jahren auf den Parteitag verhandelt und beschlossen wurde, findet man alphabetisch geordnet vor. So enthält Lieferung 1 z. B. den Achtstundentag, Agrarfrage, Grund- und Bodenfrage, Achtstundenschluß, Akademiker, Akkordarbeit, Akkordmaurer, Alkoholfrage und Anarchisten. Für Referenten wird das Werk geradezu unentbehrlich werden, da es ihnen nicht nur Material liefert, sondern auch den Zeitverlust des Zusammentragens erspart. Die Lieferungen erscheinen 14tägig.

Briefkasten.

Dieser Zeitungsendung liegen die Inhaltsverzeichnisse des „Courier“ und „Straßenbahner“ per 1909 für die Ortsverwaltungen bei. D. R.

Mitteilungen des Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 2. Januar 1910 in U n n a i. B. Bevollmächtigter: Hofmann, Karl, Krumpholtzstr. 8, Kassierer: Gehardt, Albert, Burg 23.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher nachstehend genannter Kollegen: In Berlin: Maselowski, Paul, Hpt.-Nr. 52 916, eingetreten am 22. Mai 1909; Meiß, Otto, Hpt.-Nr. 4390, eingetreten am 3. Juli 1904. In Leipzig: Pfeil, Fr. Bernh., Hpt.-Nr. 92 611, eingetreten am 4. April 1908.

Wenn diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß.

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Platz 21, Hof 1 Tr.

Verantwortl. Redakteur: Karl Brischke, Rummelsburg. Verlag der Buchhlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.